

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementpreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 1.85 Mk., bei Selbstabholung 1.25 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.05 Mk., für 1 Monat 1.85 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Geldpost unter Kreuzband monatlich 1.85 Mk. Postcheckkonto Nr. 53 477.

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 12 008.

**Insertatskosten** die 7 gespaltene Zeitzeile oder deren Raum 35 Pfg., bei Platzvorkauf 40 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4. — Mk. jedes Taufend, bei Zellaufgabe 5. — Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Heftige Nahkämpfe nördlich Kemmel.

### Entscheidende Tage für die Schweiz und Holland.

Der Krieg hat auch die neutralen Länder, vor allem die Schweiz und die Niederlande, in eine schwierige und noch immer schwieriger werdende Situation gebracht. Ihre wirtschaftliche Lage ist kaum geringer als die der kriegführenden Staaten, und die Gefahr, selbst mit in den Krieg verwickelt zu werden, schwebt dauernd über ihnen. Eben jetzt sind für die Schweiz wie für Holland wieder schicksalsschwere Tage hereingebrochen. Ihre Beziehungen zu den kriegführenden Staaten stehen vor neuen Entscheidungen. Die Handelsabkommen der beiden Länder mit Deutschland sind abgelaufen, lebhaftere Verhandlungen sind im Gange, um die Basis für die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen festzustellen.

Die Schweiz braucht ein Uebereinkommen mit Frankreich, um genügend Lebensmittel zu erhalten, ein Abkommen mit Deutschland, um Kohlen ins Land zu bekommen. Frankreich verlangt von der Schweiz umfangreiche Lieferungen von Holz zum Schiffbau; Deutschland widerspricht diesen Lieferungen und fordert außerdem für seine Kohlenlieferungen weitgehende finanzielle Gegenleistungen. Bei den Verhandlungen über die Verlängerung des Handelsabkommens hat es darauf verzichtet, die Fortsetzung des Exportes zu fordern, das bis dahin die Schweiz im Interesse der deutschen Volkswirtschaft zu gewähren hatte. Dafür soll die Schweiz vom 1. Mai an für seine Kohle den doppelten Preis bezahlen. Damit würde der Kohlenpreis auf das Siebenfache des Friedenspreises steigen. Bedenkt man, daß diese Preissteigerung zu einer Mehrbelastung der Bevölkerung von 55 Frank pro Kopf im Jahr führen muß, so wird man verstehen, mit welchen Gefühlen die Schweizer den Verhandlungen mit Deutschland gegenüberstehen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat sich vor kurzem recht bitter darüber beschwert, daß die öffentliche Meinung in der Schweiz im allgemeinen Deutschland gegenüber eine so unfreundliche Haltung zeige, und sie hat auf das Opfer hingewiesen, das Deutschland tatsächlich mit der Abgabe von Kohlen an ein anderes Land bringe. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß diese Vorwürfe dazu beitragen könnten, die Stimmung in der Schweiz günstig zu beeinflussen. Eher wird es Anerkennung finden, daß Deutschland erklärt hat, die für die Schweiz bestimmten Getreideschiffe sollten freie Fahrt haben, auch wenn sie die feindliche Flagge führen, sofern sie nur daneben noch die schweizerischen Farben zeigen.

Sind die Verhandlungen mit der Schweiz in jedem Falle — bis jetzt wenigstens — ohne gefährlicheuspizung verlaufen, so ist das Verhältnis zwischen Holland und Deutschland in den letzten Tagen sehr ernst geworden. Die Evening Standard wußte sogar schon von einem Ultimatum an Deutschland an Holland zu berichten, in dem die Annahme einer Reihe für die künftige Politik Hollands entscheidender Forderungen verlangt werde. Das offizielle deutsche Regierungsblatt hat dieser englischen Klammeldung ein Dementi entgegengesetzt. Die Flotte des holländischen Gesandten von Berlin nach dem Haag zur besonderen Berichterstattung, Erklärungen, die der holländische Minister des Auswärtigen am 25. April in der ersten Kammer abgab, endlich die vom selben Tage datierte Meldung, daß im Meer und der Flotte der Niederlande kein Unfall mehr ereignet wurde, lassen weiter erkennen, wie bedenklich sich die Dinge hier entwickelt haben.

Um was es sich bei den deutsch-holländischen Differenzen handelt, ist nicht ganz leicht erkennlich. Mehrere Fragen greifen dabei ineinander. Auf der einen Seite muß Holland daran liegen, daß Deutschland keine Schwierigkeiten bereite, wenn es jetzt zwischen der holländischen Regierung und Amerika zu der geplanten Uebereinkunft kommt, wonach Amerika jeweils eine bestimmte Anzahl der beschlagnahmten holländischen Schiffe mit Getreide beladen nach Holland schickt, wenn gleichzeitig ebensoviel holländische Schiffe aus den Heimathäfen auslaufen, um nach Amerika zu fahren. Auf der andern Seite fordert augenscheinlich Deutschland für seine künftigen Lieferungen an Kohlen usw. nach Holland Zugeständnisse, bei deren Gewährung Holland befristet muß, mit der Entente Schwierigkeiten zu bekommen. Es sind das Wünsche auf finanzielle Gegenleistungen und Ausführungsbedingungen, möglicherweise auch Forderungen, die sich auf die Rheinschiffahrt beziehen (ein heftiger Artikel der Kölnischen Zeitung gegen die niederländische „Einschnürungspolitik“ gegenüber der Rheinschiffahrt durch Zollmaßnahmen und andres kann darauf schließen lassen), insbesondere die Forderung freier Durchfuhr bestimmter Güter. Der Evening Standard wollte wissen, daß Deutschland auch Protest erhebe gegen die ungenügenden Maßnahmen Hollands bei der Be-

schlagnahme seiner Fahrzeuge in amerikanischen Häfen. Darin wird man eine Uebertreibung sehen können. Die Seeflotte bleibt democh ernst genug.

Holland hatte ursprünglich die Durchfuhr nach den von Deutschland besetzten Gebieten zugelassen. Dann erhob die Entente Widerspruch dagegen; Deutschland behauptet auf der Rechtmäßigkeit seiner Transporte, aber es ließ sich doch bewegen, vorerhand von weiteren Sendungen auf dem angebotenen Wege abzusehen. Wenn es jetzt die Forderung wieder aufnimmt, daß ihm die Durchfuhr gestattet werde, so bringt es die holländische Regierung in eine schwierige Situation.

Als den deutschen Standpunkt bezeichnet die niederländische Zeitung Het Vaderland die folgende Auffassung:

Deutschland hat nach den Abmachungen ein Recht auf die Durchfuhr, und es besteht darauf, daß Holland das nicht behindert. Geht Holland ihm ein solches Recht auch nicht zu, dann verlangt Deutschland wenigstens, daß es nicht anders behandelt werden soll als die Entente. Gegenüber der Entente, die Holland seine Schiffe genommen hat, begnügt es sich mit einem Protest. Es begnügt sich dann auch mit einem Protest gegenüber der Durchfuhr, die Deutschland verlangt und die, angenommen selbst, daß sie die Neutralität der Niederlande verletze, das doch bei weitem nicht in dem Maße ist, als der Gebrauch der holländischen Schiffe für die Ueberrückführung von Truppen und Kriegsgüter aus Amerika nach Europa.

Het Vaderland, das so viel Verständnis für die deutsche Auffassung zeigt, vermag sie gleichwohl nicht zu billigen. Es springt in die Augen, daß die beschlagnahmten Schiffe unter amerikanischer Flagge führen und deshalb rechtlich keine niederländischen Fahrzeuge mehr wären, während die Durchfuhr über unzweifelhaft holländisches Gebiet gehen müßte.

Was die Beschlagnahme der holländischen Schiffe durch die Entente betrifft, so hat diese gewiß in Holland sehr viel böses Blut gemacht. Aber es fehlte doch auch nicht an Stimmen, die die Ansicht äußerten, daß Amerika nach dem geltenden Völkerrecht berechtigt gewesen sei, die Beschlagnahme durchzuführen. Es blieb nicht ohne Eindruck, wenn beispielsweise eine Zuschrift an das Allgemeine Handelsblatt darauf hinwies, daß im Jahre 1912 gerade ein deutscher Kenner des Völkerrechts, Dr. G. Albrecht, in einer Studie: „Requisitionen von neutralen Privateigentum, insbesondere von Schiffen, einen Standpunkt vertreten habe, der das Verhalten Amerikas durchaus zu rechtfertigen geeignet sei. Die Redaktion des Allgemeinen Handelsblatt erklärte geradezu, daß danach die von ihr gebrauchten Worte wie „Raub“ und „Diebstahl“ zurückgenommen werden müßten, wenn sie auch daran festhielt, daß die Auslösung des formal einwandfreien Rechts durch Amerika gegenüber Holland eine durchaus unfreundliche, verurteilenswerte Handlung wäre. — Die Tatsache der Beschlagnahme hätte gewiß noch tiefer und nachhaltiger in Holland gewirkt, wenn die deutsche Politik es zu verstehen gewußt hätte, sich ein wenig freundlichere Stimmung in Holland zu schaffen. Aber das war nicht der Fall. Leider hat das Auftreten im Osten und das immer deutlicher werdende Begehren nach Annexionen auch im Westen, nur das Mißtrauen noch verstärkt, das in Holland geweckt worden ist.

Eine Stimmung, die Beschlagnahme der holländischen Schiffe durch die Ententestaaten damit zu beantworten, daß man jetzt Deutschland offenkundig begünstigt, ist in Holland höchlich nicht entstanden. Der gute Wille ist zweifellos da, alles zu vermeiden, was einen Bruch mit der Entente herbeiführen oder auch nur mit Amerika reizen könnte. Von der Gefahr kriegerischer Verwicklung ganz abgesehen, droht das Gespenst des Hungereris allen handelspreislich dem Lande. Auch ein Eingehen auf die deutschen Forderungen könnte aber schon zu einem Bruch mit der Entente führen. So versteht man es, wenn der Minister des Auswärtigen am 25. April erklärte, daß es sich bei diesem Verlangen um eine „schwere“ Angelegenheit handle.

Man braucht noch nicht anzunehmen, daß es zum Schlimmsten kommt. Von „gut unterrichteter“ Seite wurde dem Korrespondenten des Allgemeinen Handelsblatt in Berlin noch am 25. April mitgeteilt, daß die Verhandlungen über den Abschluß des neuen Abkommens sich günstig entwickelten. Aber es befindet sich eben noch alles in der Entwicklung. . . .

Leider tragen manche deutsche Blätter durch ihre Art und Weise, gegen die neutralen Länder zu gehen, nicht wenig dazu bei, die Schwierigkeiten zu erhöhen. Bei Russen erregte es, daß vor wenigen Tagen auch in der Germania, die ja in Beziehungen zum jetzigen Reichskanzler steht, ein Artikel erschien, aus dem man etwas wie eine Erziehung gegen die Neutralen herauslesen konnte. Es wird darin der holländischen Regierung der Rat zu verkündet, pollem Eingehen auf die deutschen Vorschläge gegeben. . . .

England und Amerika werden dann freilich mit der Behauptung kommen, daß Deutschland zu viel geboten sei, und sie werden mit neuen Ansprüchen an die Haager Regierung herantreten. So wird sich das Schicksal der Niederlande und vielleicht auch der Schweiz, wenn der Krieg noch lange dauert, am Ende dem Punkte nähern müssen, wo es sich nicht mehr um die Frage der großen oder geringen Begünstigungen der Kriegführenden handelt, sondern um eine gründliche Schwelung in das eine oder das andre Lager. . . . Wenn Holland nun unentzerrbar sich für die eine oder die andre Partei entscheiden muß, so möge es die Reicher der Zeit verstehen und an die sich halten, auf deren Seite die Erfolge und die Siege und dementsprechend auch die entscheidenden Worte auf der Friedenskonferenz sind.

Bezeichnend ist, daß diese Auffassungen nicht nur in Holland, sondern auch in der Schweiz weithin herrschen. Die Basler Nationalzeitung nennt eine solche Sprache „brennlich in einem Augenblick, wo die Schweiz mit Deutschland über ein neues Wirtschaftsabkommen verhandelt.“

Es ist ja wohl richtig, daß es die weltgeschichtliche Entwicklung den Neutralen immer schwerer macht, ihre Neutralität aufrechtzuerhalten. Aber das sollte allen Teufen doch nur der Kersch sein, um so vorsichtiger alles zu vermeiden, was wie ein Druck zur direkten Stellungnahme für die eine oder andre Partei empfunden werden könnte. Es wäre entsetzlich, wenn noch mehr Völker in das fürchterliche Ringen hineingezogen werden sollten. Möchte statt dessen lieber recht bald aus den neutralen Staaten eine Bewegung erwachsen, die den Kriegführenden wieder den Frieden bringt!

### Der deutsch-russische Friede auf dem Moskauer Sowjetkongress.

Von H. Stein.

Der Ratifizierung des deutsch-russischen Friedensvertrages ging die Erörterung dieser Frage auf dem außerordentlichen Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Moskau voraus, der speziell für diesen Zweck zum 14. März einberufen worden war. Der Anfang dieses Kongresses war freilich für niemand zweifelhaft, nachdem die kurz vorher stattgefundene Konferenz der Bolschewikpartei (die sich jetzt Kommunistische Partei Russlands nennt) sich für Annahme des Vertrages ausgesprochen hatte. Dennoch bieten die Verhandlungen dieses Kongresses außerordentlich viel des Interessanten, da sie Einblick gewähren in die jetzigen Absichten der bolschewistischen Politik wie in die Beweggründe jener Parteien, die als flache Minderheit den Bolschewiken auf dem Kongress gegenübertraten und die Ablehnung des Friedensvertrages forderten.

Bei der Wiederabgabe der Verhandlungen, die zwei Tage währten, müssen wir uns leider auf das allernotwendigste beschränken. Der nachstehende Bericht enthält deshalb nur eine kurze Skizzierung des Gedankenganges der Parteiführer. Der eigentliche Debatte ging ein Bericht Tschitscherins, eines Mitglieds der russischen Delegation in West-Eitowil, über den Inhalt des Friedensvertrages voraus. Er betonte, daß von Verhandlungen in West-Eitowil keine Rede sein könne. Die Friedensbedingungen seien vielmehr der unterlegenen Seite gewaltiam diktiert worden. Die russische Delegation habe deshalb vor Unterzeichnung des Vertrages die Erklärung abgegeben, sie nehme alle diese Bedingungen ohne welche Erörterung an. Außerdem habe sie besonders Protest erhoben gegen den neuen Punkt der Friedensbedingungen, der die Abtrennung der Bezirke Karz, Datum und Ardahan von Rußland betrifft.

In seinen weiteren Mitteilungen erwähnt Tschitscherin u. a., daß die während des letzten deutschen Vormarsches besetzten Gebiete (Wlwa, Dwinik usw.) bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens und der völligen Demobilisierung der russischen Truppen befreit bleiben würden.

Als eigentlicher Berichterstatter zur Friedensfrage tritt im Namen der Regierung Lenin auf. Er entwirft ein Bild des bisherigen Verlaufes der russischen Revolution, die auf ihrem Höhepunkte das Werk der Pariser Kommune fortsetze und in Gestalt der Sowjetorganisation die vollendetste Form der staatlichen Organisation geschaffen habe. Diese Revolution ist nun mit einem übermächtigen Gegner zusammengeprallt und im ungleichen Kampfe unterlegen. Die Niederlage ist unerhört schwer, die Revolution zweifellos zurückgeworfen, um so wichtiger aber ist es, wenn auch nur einen Teil der eroberten Positionen zu erhalten, bis Hilfe kommt. Von leichten Siegen und Triumpfen im Innern ist die Revolution in eine Periode schwerer Niederlagen eingetreten, die ihr der Weltimperialismus zugeführt hat. Kann das arbeitende Volk Rußlands ihm jetzt Widerstand leisten? Wie die Dinge sich gestaltet haben, ist

\* Bei Beginn der Verhandlungen waren laut den Beschlüssen 1084 Delegierte anwesend, davon 732 Bolschewiki, 288 links Sozialrevolutionäre, 14 Anarchisten, 24 Menschewiki, 16 Internationalisten, 15 Sozialrevolutionäre (Zentrum), 24 Maximilianer, 3 ukrainische Sozialrevolutionäre, 18 Wilde. Bei der Abstimmung über den Friedensvertrag, die am 15. März erfolgte, war die Zahl der stimmberechtigten Delegierten auf 1180 gesunken.

Das nützliche. Die weitere Fortsetzung des Krieges würde zur vollen Vernichtung der Revolution führen.

Deshalb — führt Lenin fort — ist das Bürgertum für Fortsetzung des Krieges. Es will die Sowjetrepublik in eine Falle locken, und darum sind alle, die für Ablehnung des Friedensvertrags eintreten, Handlanger des Bürgerturns und der Konterrevolution. Die Partei der linken Sozialrevolutionäre, die bisherige Verbündete der Bolschewiki, habe sich auf das Gebiet der revolutionären Pflicht begeben. Wir verbergen vor dem Volke die unerhörte schwere Lage nicht, die durch Unterzeichnung des Friedensvertrags geschaffen wird. Ja, dieser Friede bedeutet eine unerhörte Erniedrigung der Sowjetgewalt. Wir können aber die Geschichte nicht überlisten. Wir brauchen eine Atempause, eine Schlucke, kurze, unsichere Atempause, die aber immerhin Zeit läßt, daß die Revolution neue Kräfte sammelt und die Armee von ihrer Verzweiflung und Ermüdung erhellt wird.

Nach dieser Atempause — schließt Lenin — wird eine neue Epoche der revolutionären Kämpfe des arbeitenden Volkes gegen die internationalen Imperialisten beginnen. Die Bedingungen des Tilscher Friedens waren für Preußen schlimmer als die jetzigen für Rußland. Und doch setzten kurz danach die Befreiungskriege ein. Auch jetzt würden neue Befreiungskriege kommen, aus denen das Proletariat als Sieger über den internationalen Imperialismus hervorgehen werde. — Damit schließt der Bericht Lenins, der von seinen Anhängern mit lautem Beifall begrüßt wurde.

Als erster Opponent tritt in der Sitzung vom 15. März K a u t o w im Namen der Fraktion der linken Sozialrevolutionäre Lenin entgegen. Erst welcher Teil Rußlands — fragt er — wird jetzt der Friede geschlossen? Man mißbraucht das Wort Friede, wenn man es jetzt auf das zerretene, zerstückte, innerlich zerrissene Rußland anwendet. Solange das Proletariat nicht zerretet ist, kann es diesen Frieden nicht annehmen. Wer jetzt nicht den Mut hat, gegen das internationale Kapital zu kämpfen, hatte seinerzeit nicht das Recht, gegen die Kompromißpolitik Kerenskis und Genossen zu protestieren. Wenn das revolutionäre Rußland ein Recht auf die Zukunft hat, darf es vor der imperialistischen Bourgeoisie der Mittelmächte nicht kapitulieren. Die Hoffnung auf eine Atempause ist eine Utopie, denn die Bedingungen des Bresler Friedensvertrags zerstören der Revolution das Rückgrat. Großer, wichtiger Provinzen beraubt, vom getriebenen Süden abgeschnitten, wird die Revolution dem Ersticken ausgesetzt. Das arbeitende Volk Rußlands, das seinen letzten Atem gebrochen, kommt auf dem Wege über den Bresler Friedensvertrag in immer stärkere Abhängigkeit vom internationalen Kapital. Deshalb ist dieser Weg unannehmbar. Nicht durch Kapitulation, nicht durch Hinweis auf ihre Schwäche, nicht durch den Appell an das Mitleid, sondern nur durch unbedingten Kampf werde die russische Revolution ihr Ziel erreichen. (Bz.)

## Der Terrorismus ist schuld!

Als die Wahl in Nieder-Barnim vorüber war, da stiegen aus den Mänteln der Regierungsozialisten und der ihnen befreundeten Parteien Jubelhymnen über die angebliche Katastrophe der unabhängigen Sozialdemokratie zum Himmel empor. Man bezeichnete diesen Wahlausgang als den Beweis für die Stimmung der Berliner Arbeiter: man hoffte damals, daß die unabhängige Sozialdemokratie in Berlin auf dem letzten Posten stehe, und daß es ihr im Reich nicht besser ergehen werde als in der Reichshauptstadt. Wir haben damals schon darauf hingewiesen, daß die Nieder-Barnimer Wahl keinen Maßstab für die Stellung der deutschen Arbeiter bilden könne; nur in solchen Fällen, wo es der unabhängigen Sozialdemokratie möglich ist, die unabhängigen, gegen sie wirkenden Nachteile zu überwinden und auf die Wähler ausübend zu wirken, kann davon gesprochen werden, daß man Stichproben auf die Stimmung der Arbeitermassen machen könne. In Berlin steht der unabhängigen Sozialdemokratie nach dem gegen den Vorwärts, dem Blatte der Berliner Arbeiterklasse, verübten Gewaltakt, kein täglich erscheinendes Organ zur Verfügung; dagegen ist es den Regierungsozialisten möglich, mit Hilfe des geräumten Zeitungsraumes tagtäglich die Berliner Arbeiter, die doch ein politisches Blatt lesen wollen, in ihrem Sinne zu beeinflussen, ohne bestrafen zu müssen, daß die Feder des Vorwärts rechtzeitig auch andere Meinungen erfährt. Damals wiesen wir auf das Leipziger Beispiel hin, wo die unabhängige Sozialdemokratie durch die Leipziger Volkszeitung die Arbeiter täglich über alle politischen Vorgänge unterrichten kann; hier hat es sich auch bei den jüngsten Stadtverordnetenwahlen gezeigt, daß nur ein verschwindend kleiner Teil der Arbeiter den Regierungsozialisten anhängen, daß dagegen die überwältigend große Mehrzahl sich zur unabhängigen Partei bekennt, sofern man über deren Taten rechtzeitig berichten kann.

Diese Unterschiede wurden damals von der bürgerlichen und von der abhängigen Presse geistlich unterschlagen, um ihren Sieg in möglichst hellem Lichte erstrahlen zu lassen. Man versteht es daher, daß die bürgerliche Presse sich jetzt mit wenigen Worten über den Ausfall der Berliner Kommunalwahl vom Sonntag hinwegsetzt und trocken die Wahl des unabhängigen Kandidaten meldet. Auch der Vorwärts beunruhigt sich mit einer verhältnismäßig kurzen Notiz in lokalen Zeilen; würde der Kandidat der verbündeten bürgerlichen und Regierungsozialisten gewählt worden sein, so hätte Herr Stamper wahrscheinlich wieder einen Vektorschlagen produziert, in dem die Bedeutung dieser Wahl für die Stimmung der Berliner Arbeiter nach Kräften hervorgehoben worden wäre. Sachlich hat der Vorwärts über den Wahlausgang überhaupt nichts zu sagen. Er entschuldiget die bürgerlich-regierungsozialistische Niederlage mit der Behauptung, daß die unabhängigen einen unerhörten Wahlterrorismus, der alles bisher Dagewesene hinter sich lasse, getrieben hätten. Genau daselbe konnte man ehemals in den Spalten der konservativen und scharfmacherischen Presse lesen. Tausendmal hörten wir damals das Lied von dem Terrorismus, der von den Sozialdemokraten angeblich verübt werde. Der Vorwärts ist also so weit, daß er auch dieses Sprichlein aus dem Vortrage der reaktionären Parteien übernimmt.

Dieser Wahlausgang steht übrigens in einem kläglichen Gegensatz zu der Agitation, die vom Vorwärts und seinen Getreuen getrieben worden ist. Es wurde mit den üblichen Verdrehungen und Fälschungen gearbeitet, wozu dann noch persönliche Verunglimpfungen kamen. Der letzte Wahlauftritt des Vorwärts behauptete, daß die Spaltung der Partei von den unabhängigen nur zur Befriedigung des persönlichen Ehrgeizes einzelner unternommen worden sei; dem Maulheldentum der unabhängigen sollte die gleiche Antwort erteilt werden wie in Nieder-Barnim: der unabhängige Kandidat sei nur „eine Puppe in der Hand der unabhängigen Drahtzieher“. Es lohnt sich nicht, auf diese Schimpfereien noch nachträglich einzugehen; der Ausgang dieser Kommunalwahl war schon die beste Antwort darauf.

## Vom Tage.

Aus der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung erfahren wir einige Einzelheiten über den Empfang der Arbeiterführer beim Reichskanzler. Wir hören, daß sie in vier Gruppen vorgelassen worden sind. Die vorletzte wurde, nach dem Regierungsablaß, von den „sozialdemokratischen Arbeiterführern“ gebildet. Im ganzen habe die Unterhaltung des Reichskanzlers mit jeder Gruppe etwa 20 Minuten gedauert. In diesen 20 Minuten hat man sich barfüßig unterhalten, daß „die Gefahr eines großen Streiks nicht besteht, und daß die Arbeiterschaft durchhalten würde“; dann ging man auf innerpolitische Fragen ein und beschäftigte sich mit der Wahlrechtsvorlage, wobei der Kanzler erklärte, er stehe und falle mit dem preussischen Wahlrecht (mit welcher Art des preussischen Wahlrechts der Kanzler stehen und fallen will, hat er des näheren nicht ausgeführt); schließlich wurden die Ernährungsfragen besprochen und „seitens der Arbeiterführer gesagt, die Arbeiterschaft wisse, daß durch Streiks keine Nahrungsmittel herbeigeschafft werden könnten“.

Da sich in diese zwanzig Minuten zwei Parteien redend und antwortend geteilt haben, so kamen auf jede etwa 10 Minuten. Man wird zugeben müssen, daß in dieser kurzen Zeit eine ungeheure Arbeit vollbracht worden ist, die schwierigsten Fragen der Gegenwart sind in 20 mal 80 Sekunden spielend geordnet worden. „Dem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand“, sagt ein alter Spruch; man sieht, daß er sich an den Arbeiterführern, auch an den sozialdemokratischen, glänzend bewährt: Was früher in den langatmenen Kongressen behandelt werden mußte, ehe man zu einer Lösung kam, wird jetzt im Glanze der Regierungssonne in einer Gesamtsitzung von 20 Minuten erledigt.

Die Königlich-Preussische Zeitung bringt eine offiziöse Mitteilung über den Stand der Diktatur. Die Behauptung eines in der bürgerlichen Presse vielfach verbreiteten Artikels, daß demnächst ein völliger Umsturz der Hauptbestimmungen des Bukarester Friedensvertrags und damit neue Überraschungen auf dem Balkan zu erwarten seien, sei nicht ernst zu nehmen. Alles wesentliche der Friedensbedingungen sei paraphrasiert, irgendwie in Betracht kommende Änderungen seien nicht mehr zu erwarten. Die Verzögerung sei durch die Auseinandersetzungen zwischen Bulgarien und der Türkei und durch die Fertigstellung der verwickelten wirtschaftlichen Abmachungen verursacht worden. Was die Frage der rumänischen Dynastie betreffe, so seien „Kräfte am Werk, die energisch darauf drängen, sie der für die Zukunft Rumäniens und zweifellos auch das künftige Verhältnis Rumäniens zu den Mittelmächten ersprechlichsten Lösung zuzuführen“. Mit der Frage der künftigen Regentschaft L i t a u e n s habe die Anwesenheit des sächsischen Kronprinzen in Berlin nichts zu tun. Für die einheitliche Behandlung der Fragen der Balkanländer werde demnächst eine entsprechende Stelle geschaffen werden.

Etwas tatsächliches erfährt man aus diesen Mitteilungen nicht, man sieht daraus nur, daß trotz aller schönen Sprüche über Demokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker das alte Handwerk der Diplomaten blüht.

Am heutigen Dienstag soll im preussischen Abgeordnetenhause die Entscheidung über die Regierungsvorlage zur Wahlreform fallen. Es erübrigt sich in dieser Stunde noch Mutmaßungen über den Ausfall der Abstimmung anzustellen. Das eine muß jedoch immer wieder hervorgehoben werden, daß die Regierungsvorlage ein wirklich gleiches Wahlrecht nicht bringt, daß selbst, wenn die Vorlage angenommen werden sollte, das gleiche Wahlrecht für Preußen noch lange nicht gesichert ist.

Das Schicksal der Wahlrechtsvorlage hängt jetzt von den Nationalliberalen ab und wenn man ihre Presse der jüngsten Tage liest, so könnte man zu der Annahme kommen, als ob sich das ganze zukünftige Schicksal des preussischen und deutschen Volkes darum dreht, wie sich die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses am 30. April 1918 verhalten wird. Man braucht die Erwartung auf den Ausgang dieses Tages jedoch nicht allzu hoch zu spannen; vielleicht, daß der eine oder andere nationalliberale Wahlrechtsgegner auf die andere Seite fallen und damit der Vorlage zu einer knappen Mehrheit verhelfen wird. Er wird sich bei dem Gedanken beruhigen, daß auch durch diese Vorlage das gleiche Wahlrecht nicht verwirklicht wird, er wird sich vielleicht der Hoffnung hingeben, daß gerade durch diese Vorlage der Weg zu einer wirklich demokratischen Entwicklung des preussischen Staatslebens auf absehbare Zeit verlegt werden kann.

Aber selbst wenn es zu einer Ablehnung der Wahlrechtsvorlage kommen sollte, so wird darüber der Himmel nicht einfallen. Graf Hertling hat sich ebenso wie seine nationalliberalen Ministerkollegen über die Folgen der Ablehnung recht unbestimmt ausgesprochen und die wahrheitsgegnere Presse ist voller Zuversicht, daß es zu keiner Auflösung des Abgeordnetenhauses kommen, daß vielmehr die Regierung eine Einigung mit den Gegnern ihrer Vorlage herbeizuführen suchen wird. Und die hervorragenden Strategen unter den Wahlrechtsgegnern mahnen bereits ihre Freunde, daß sie zu einer solchen Einigung die Hand bieten sollen. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Vogmann hat noch einmal einen Wuralwahlrechtsantrag eingereicht, der nach der Meinung der täglichen Rundschau der Regierungsvorlage ein beträchtliches Stills entgegenkommt. Es ist zu erwarten, daß man auf beiden Seiten den Verständigungsweg forschen und zu einer Einigung kommen wird, die schließlich die Wahlrechtsgegner befriedigt und zugleich der Regierung den Vorwand gibt, zu erklären, daß sie eine „Wahlreform“ durchgeführt habe.

In der Dienstagmorgen-Ausgabe der Germania wird den Nationalliberalen zugeredet, sich in ihrer Taktik dem Zentrum anzupassen, das zwar auch Bedenken gegen die Folgen einer starken Radikalisierung des preussischen Landtages habe, das aber darum keineswegs in der Sicherheit des Weges, den es zu gehen habe, sich erschüttert zeige. Es heißt in dem Artikel:

Die Parteien, die sich entschließen könnten, den Zentrum hier zu folgen, würden in Wahrheit nicht einseitigen Grundrissen und Auffassungen dienen, sondern der glücklichen Paarung des bewährtesten Altes in unserm Staatsleben mit dem neuen Geist, der sich im Laufe des Krieges immer gebietlicher geltend gemacht hat.

Das Zentrumsbüro hofft jedoch nicht allzuviel von dem heutigen Tage, sondern erwartet von ihm nur eine weitere ideo-kommune Stoype in dem Klärungsprozeß, der uns aus dem innerpolitischen Gärungsstadium herausbringen müsse. Die Zentrumsführer stehen also schon mit dem Zylinder in der Hand da, um den Ruchhandel zu beginnen.

## Der Krieg zur See.

### Verient.

Berlin, 20. April. (Amtlich.) Deutsche und österreichisch-ungarische U-Boote vertrieben im Sperrgebiet des Mittelmeeres fünf Dampfer und zwei Segler mit zusammen rund 28 000 Brutto-Register-Tonnen. Unter den vertriebenen Schiffen befanden sich der französische bewaffnete Dampfer Siberia (1912 S.-R.-Z.), ein großer bewaffneter Transporter mit zwei Schornsteinen sowie ein italienischer Segler mit 700 Tonnen Eisen für Genua.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Die Offensive im Westen.

### Englische Berichte.

28. April morgen. Gestern nachmittag entwickelten sich ein feindlicher Angriff bei Kormezelle. Es gelang dem Feinde, das Dorf zu nehmen, doch wurde er durch unsere Gegenangriffe am frühen Abend wieder vertrieben. Später griff der Feind die Ortschaft von neuem an. Derartige Kämpfe fanden während der Nacht auf beiden Seiten des Perini-Comines-Kanals statt. Erfolgreiche Verstöße, in denen wir über 50 Gefangene, 4 Maschinengewehre und einen Grabenmörser erbeuteten, wurden in der vergangenen Nacht von uns südlich von Gavrelle und in den Abschnitten von Sens und Elle ausgeführt. Ein vom Feinde nördlich von Bailleur verführter Vorstoß wurde abgewiesen. Die Artillerietätigkeit auf beiden Seiten der Schlachtfeldfront wurde fortgesetzt.

28. April, abends. Ein feindlicher Angriff in der Umgebung von Voivre wurde heute nachmittag als in der Entwicklung begriffen gemeldet. Sonst beschränkte sich die Infanterietätigkeit heute auf örtliche Zusammenstöße an verschiedenen Stellen der Schlachtfeldfront. Südlich der Somme wurde eine Anzahl Gefangene von unsern Patrouillen in der Gegend von Hillers-Prisonen eingeführt. Die Artillerietätigkeit hielt heftiger an. Am Nachmittag beschloß die feindliche Artillerie heftig unsere Stellungen im Ipernabschnitt.

29. April morgen. Der gestern nachmittag als in der Entwicklung befindlich begriffen gemeldete feindliche Angriff in der Nähe von Zoler wurde durch Gewehr- und Maschinengewehrfire abgeblasen. Eine schwere Verletzung mit hochgradigen Explosions- und Gasgranaten wurde heute früh vom Feinde an der ganzen Front von Mezieres bis Boormezelle eröffnet und Infanterieangriffe sind jetzt in der Entwicklung begriffen. Die feindliche Artillerie zeigte sich während der Nacht große Tätigkeit von der Scarpe bis Sens und zwischen Ghenvich und dem Walde von Mezieres. Durch eine erfolgreiche Unternehmung, die in der letzten Nacht von uns ausgeführt wurde, wurde der vom Feinde in der Nacht vom 28. eroberte Posten in der Nähe von Festubert von uns wieder gewonnen und dabei über 50 Gefangene gemacht und 3 Maschinengewehre erbeutet. Bei erfolgreichen Vorstößen südlich von Albert und in der Nähe von Neuville Blasse wurden gleichfalls eine Anzahl Gefangene und 4 Maschinengewehre von uns eingebracht.

### Der französische Tagesbericht.

28. April abends. Im Laufe der Nacht heftige Artilleriekämpfe nördlich von Reims und in der Gegend zwischen Cassigny und Royon. Nördlich des Chemin des Dames gelangten den Franzosen zwei Handtrische auf die deutschen Linien, bei denen wir 25 Gefangene einbrachten. Die Franzosen liefen deutsche Vorkämpfe nördwestlich von Reims in den Abschnitten St. Mihiel, Duneville und am Briester-Walde ab, denen lebhafteste Artilleriebeschüsse vorausgegangen war. Deutsche Gefangene blieben in den Händen der Franzosen. Auf den übrigen Fronten war die Nacht ruhig.

29. April nachmittag. Im Laufe der Nacht versuchten die Deutschen mehrere Male, die französischen Stellungen im Hanoard-Walde anzugreifen. Das Feuer der Franzosen brachte alle Versuche zum Scheitern. Große Tätigkeit der beiden Artillerien bei Hillers-Prisonen, an der Duce und in der Gegend zwischen Cassigny und Royon. Ein deutscher Handtrisch nördlich von Orvillers hatte kein Ergebnis. Auf französischer Seite drangen Abteilungen in die deutschen Linien in der Gegend von Corbeny, bei Courcy, auf dem rechten Maasufer und im Ober-Elsas ein und brachten Gefangene zurück. Sehr lebhafter Artilleriekampf an der Front Proffes-Wald-Courrières-Wald. An der übrigen Front ruhige Nacht.

## Die Lage im Osten.

### Der Vormarsch in der Ukraine.

Petersburg, 20. April. (Reuters.) Der Aufmarsch der Deutschen und Ukrainer gegen Rostow am Don wird fortgesetzt. Es wird berichtet, daß bei Alexandrowka im Gouvernement Resaterinow Kämpfe fortgesetzt haben. Die Stadt soll geräumt sein.

### Die finnische Gegenrevolution.

Kopenhagen, 20. April. Berlingische Tidende meldet aus Stockholm, aus Wala werde gebracht, daß die Fortschritte der bürgerlichen Truppen an allen Fronten, besonders auf der Ostfront, anhalten, so daß die Roten Garde bald vollständig befeht sein werde. Die Führer der Revolutionäre entließen letzten Freitag eine Abordnung unter Führung des früheren Landtagspräsidenten Mannen, die um Einstellung von Friedensverhandlungen ersuchte, was jedoch abgeblasen wurde, da ihre unbedingte Unterwerfung gefordert wird.

## Vom türkischen Krieg.

### Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 20. April. Palästinafront: Ostlich der Straße Jerusalem-Nablus lag stärkeres feindliches Artillerie- und Maschinengewehrfire auf unsern vorgeschobenen Stellungen. Feindliche Erkundungsabteilungen westlich der Straße und an der Jordanmündung wurden abgewiesen. Auf den übrigen Fronten ist die Lage unverändert.

## Vermischte Kriegsnachrichten.

### Englischer Bericht aus Ostafrika.

Seit dem 17. April ging das vereinigte Vortücken der Truppen des Generals Northey von Westen und des Generals Edwards von Osten unter besserem Wetter vor sich. Der heftige Regen ließ etwas nach. Am 24. April waren die vorgeschobenen Truppen des Generals Northey auf einer südwestlich von Wala Boma nach dem Cario-Fuß sich erhehenden Höhe, während General Edwards Truppen sich von Wwala und westlich und südwestlich von Wwala in der Richtung auf Manungo 50 Meilen südlich von Wwala fortbewegten. Die feindliche Hauptstreitkraft stand in der Nähe von Manungo. Vom Norden her bewegten sich britisch-portugiesische Truppen in der Richtung auf Wwala, während im Süden andere britisch-portugiesische Kolonnen sich auf beiden Seiten nördlich und südlich davon entwickelten.

## Deutschland.

### Ubergangswirtschaft und Textilindustrie.

Der Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe beschäftigte sich in fünf langen Sitzungen mit der künftigen Organisation der Ubergangswirtschaft in der Textilindustrie. Der Entwurf einer

vom Reichswirtschaftsamt ausgearbeiteten Bundesratsverordnung bildete die Grundlage zu der Beratung. Beschäftigt wird, den Aufbau der Organisation schnellstens in Angriff zu nehmen. Den Ausschussverhandlungen waren Beratungen der Regierung mit den Interessenten — Unternehmern und Händlern, mit Arbeitern und Verbrauchern — vorausgegangen. Der Entwurf sieht die Errichtung einer Reichsstelle für Textilindustrie vor. Als nachgeordnete Organe sind Reichs-, Bezirks- und Kreisstellen gedacht. Es sollen 12 solcher Reichs-Bezirksstellen errichtet werden. Jede Bezirksstelle wählt einen Ausschuss. Die eigentliche Geschäftsführung liegt beim Ausschuss.

Die Leitung der Wirtschaftsstellen soll den Leitern der jetzt bestehenden Kriegsausschüsse übertragen werden. Diese treten als berufsbildende Referenten in die Regierung und in die neue Organisation. Reichsstelle für Textilindustrie und Reichswirtschaftsstellen für Textilindustrie werden also künftig von den berufsbildenden Referenten beherrscht. Neben diesen Körperschaften sind vorgezogen: Geschäftsabteilungen, Unterabschüsse, Ortsausschüsse und Zweigstellen. Von Unternehmern wird die Notwendigkeit einer Uebergangswirtschaft überhaupt bestritten. Die Nationalliberalen bekämpfen den Entwurf lebhaft. Ein von allen bürgerlichen Parteien gefällter Antrag, die Beratung des Entwurfs bis zur Vorlage eines Ermächtigungsgesetzes auszusetzen, wurde von Cohen-Meul unterstützt, von unsern Genossen Herzfeld und Jäckel bekämpft. Nachdem einige Vertreter des Zentrums ihre Unterstützung vom Verzicht auf den Entwurf zurückgezogen hatten, wurde dieser gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Unsere beiden Genossen beteiligten sich lebhaft an der Debatte. Ganz besonders machten sie aufmerksam auf die Gefahr der Korruption, die in der Verbindung der Kriegsausschüsse und der neuen Wirtschaftsstellen liegt. Die Leiter der Kriegsausschüsse sind vielfach Mitglieder oder Vorstände von Ausschüssen der Reichs- und Landesvereine. Die Unternehmer behaupten, daß einzelne Unternehmer durch solche Verbindung viele Millionen verdienen haben.

Der Entwurf wurde, soweit er organisatorische Maßnahmen vorschreibt, angenommen.

### Der Schwurzeuge

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In die Redaktion der Leipziger Volkszeitung, Leipzig.

Ich ersuche Sie um Aufnahme der folgenden Berichtigung:

In dem Artikel: Der Schwurzeuge Hoch! in Nr. 88 Ihres Blattes sind die Angaben, die sich auf mich beziehen, unrichtig. 1. Es ist nicht richtig, daß in der Besprechung am 23. März 1918, an der ich teilgenommen habe, beschlossen worden sei, dem Rotet die Zustimmung zu verweigern. Vielmehr wurde beschlossen: Wir beantragen in der Fraktion die Ablehnung des Rotetals. Sollte der Antrag abgelehnt werden, die Fraktion also im Plenum den Rotet annehmen, dann verlassen wir bei der Abstimmung im Plenum den Saal, wie wir es bis dahin getan hatten.

2. Es ist nicht richtig, daß die Mitteilung der andern Genossen der Minderheit, sie werden wiederum im Plenum gegen den Rotet stimmen und dies begründen, von uns gutgeheißen worden sei, und auch ich zugestimmt habe. Vielmehr haben wir gar kein Urteil über die Beschlüsse jener Genossen abgegeben, da uns das nicht zuzustand. Wir haben aber ausdrücklich beschlossen, uns in keiner Weise an dem Sondervergehen jener Genossen zu beteiligen.

3. Es ist nicht richtig, daß ich den Zwischenruf vom hinterhältigen Streich nachträglich beuerrt habe. Vielmehr habe ich den Vorgang, soweit ich daran beteiligt bin, gegenüber den fallenden Darstellungen richtiggestellt und halte mein Verhalten in dieser Sache auch jetzt noch für berechtigt.

Gustav Hoch.

Wir haben dazu folgendes zu bemerken:

1. Hoch kann nicht bestreiten, daß er und seine Freunde Gegner der Zustimmung zum Rotetals waren.

2. Es steht fest, daß Hoch und seine Freunde von dem beschlossenen Vorgehen der Genossen um Hoase unterrichtet waren.

3. Hoch ist im Wahlkampf im 18. Wahlkreis als Schwurzeuge von den Abhängigen angezogen worden. In seinen Worten sollte bewiesen werden, daß selbst Hoch Hoase verurteilt. Damit sollte Hoase, und mit ihm unsere Partei diskreditiert werden. Demgegenüber stellen wir fest: auf der Reichskonferenz am 23. September 1918 erklärte Hoch:

„Was ich damals getan habe, hielt ich für meine Pflicht nicht nur als Parteigenosse, sondern auch als Freund Hoase gegenüber. Ein Grund, deshalb einen Stein auf Hoase zu werfen, liegt nicht vor.“

Hoch hat sich also damals selbst dagegen verwahrt, als Schwurzeuge für die demagogischen Manöver der Abhängigen gebraucht zu werden.

### Kleine Auslandsnachrichten.

Die deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen. Die Verhandlungen mit der Schweiz über Erneuerung des Wirtschaftsabkommens nehmen ihren Fortgang. Am 15. April ist bereits unter dem 24. d. M. eine Einigung über die Versorgung der Schweiz mittels amerikanischer Schiffe erzielt und unterzeichnet worden. Diese Einigung hat jedoch nur unter dem Vorbehalt Kraft, daß auch das Wirtschaftsabkommen zu einer Verständigung führt.

Die holländische Kolonialschifffahrt. Nach einem Bericht der niederländisch-indischen Presse-Agentur aus Batavia vom 18. April nähmen die niederländischen Dampfschiffahrtsgesellschaften den Dienst nach China und Japan wieder auf, da die Regierungen dieser Länder versichert, daß die Schiffe nicht beschlagnahmt würden.

Deutschland-Holland. Berliner Telegramme in holländischen Blättern schildern den Stand der Verhandlungen zwischen Deutschland und Holland zu optimistisch, indem sie die Schwierigkeiten als beseitigt hinstellen. Dem gegenüber sei bemerkt, daß zwar auf beiden Seiten der ernste gute Wille besteht, eine Regelung herbeizuführen, daß aber eine Aenderung bisher nicht eingetreten ist. Sowie der Korrespondent der Frankfurter Zeitung zu wissen glaubt, ist bis zu dem Augenblick eine endgültige Antwort auf die deutschen Forderungen nicht eingetroffen und voraussichtlich wird die Zweite Kammer heute (Dienstag) eine Scheiternung abhalten.

### Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 30. April. Amtlich. (W. Z. B.)

#### Weltlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem Schlachtfeld in Flandern entwickelten sich in einzelnen Abschnitten heftige Infanteriekämpfe. Abends von Boorwegesle und Groote Steerstraat nahmen wir mehrere englische Graben. Bei Poler in die feindlichen Linien eindringende Sturmabteilungen stießen mit starken französischen Gegenangriffen zusammen. Im Verlauf dieser Kämpfe konnte sich der Feind in Poler festsetzen. Seine Verluste, über den Ort hinaus vorzudringen, scheiterten. Die tagsüber starke Artillerieaktivität behnte sich auf das ganze Gebiet des Kemmel aus und hielt bis zur Dunkelheit an.

Au der übrigen Front blieb die Geschützaktivität auf Erkundungen und zeitweilig auflebendes Artilleriefeuer beschränkt.

#### Wazedonische Front

Zwischen Serben und Osmanen brach ein nach mehrwöchiger Artilleriebereinigung erfolgter feindlicher Vorstoß vor unsern Linien zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubanarski.

## Aus der Partei.

### Die Einwendung der Düsselborfer Volkszeitung

wurde am Mittwoch in Düsseldorf verhandelt. Die Entscheidung wird am 3. Mai verkündet. Es handelt sich zunächst nur um die Frage der Rechtmäßigkeit der einstweiligen Verfügung, auf Grund deren die Abhängigen sich das Geschäft aneigneten.

### Aus der Kommunalbewegung.

Zu einer großen Kundgebung für die Unabhängige Sozialdemokratie gestaltete sich die Kommunalwählerversammlung am Mittwoch, dem 24. d. M., in den Andreasfestspielen. Die Genossen Reichstagsabgeordneter Hugo Haase und Stadtvater Dr. Wenl referierten unter stürmischem Beifall in der überfüllten Versammlung über: Die Bedeutung der Kommunalwahlen. Genosse Haase legte dieser Kommunalwahl eine besondere Bedeutung bei, weil sie zusammenfalle mit der von der Regierung eingebrachten Dreimillardensteuer. Deshalb dürfe ohne äußerliche Anspannung der Genossen die Wahl nicht vorübergehen. Falls die Wahl günstig für die Unabhängige Sozialdemokratie aus, dann bedeute auch das zugleich einen Protest gegen die unerhörte Steuerpolitik der Regierung. Die Regierungssozialisten seien durchaus nicht gegen eine Besteuerung notwendiger Verbrauchsgüter. Dr. David hätte dies öfters erklärt, daß er durchaus nicht gegen Besteuerung des Tabaks usw. sei. Die Politik der Regierungssozialisten hätte eben Schiffbruch gelitten, das erhoffte Mitreden der Regierungssozialisten bei Friedensschlüssen wäre zu Wasser geworden. Trotz ihrer Liebestreue gegen die Regierung hätten sie nichts erreicht. Die Arbeiterklasse könne ihre Ziele nur erreichen, wenn sie eine vollständig unabhängige und selbständige Politik treibe.

Genosse Dr. Wenl führte aus, die Regierungssozialisten hätten nicht einmal den Mut gefunden, auch nur eine Veranlassung zu veranstalten, das wäre ein offensichtliches Kneifen. Deshalb dürfe sich aber keiner in Illusionen wiegen, jeder müsse sich an der Werbearbeit beteiligen. Der Wahlsieger der Unabhängigen Sozialdemokratie bedeute auch zugleich eine Kundgebung für den Frieden. Was wir in den Flugblättern gegen die Regierungssozialisten geschrieben, hätten sie in ihrem Flugblatt nicht abdrucken können. Die regierungssozialistische Rathsfraktion habe die Gas- und Wasserpreiserhöhung mit verschuldet. Ebenso sei sie schuldig an der daraus resultierenden Mietsteigerung. Auch trügen sie die Schuld an der Verteuerung der Wollenspelung und an der Verschleppung der Wahlrechtsvorlage. Von Demokratie sei bei ihnen keine Rede mehr. Auch nicht das geringste Entgegenkommen zeigten sie der Unabhängigen Fraktion gegenüber bei der Befragung der Deputierten. Für jeden denkenden Arbeiter könne die Entscheidung, wen er zu wählen habe, nicht schwer sein.

### Noch ein Beispiel von abhängiger Mittertelerei.

Folgender Brief, der aus der Zweiten Badischen Kammer an das Blatt der Mannheimer unabhängigen Sozialisten gerichtet wurde, ist bis zur Stunde noch unbeantwortet geblieben.

Karlsruhe, 9. 4. 18.

An die Redaktion der „Volksstimme“

Mannheim 23. 4.

Zoeben erhalte ich Kenntnis von dem Artikel „Die Mannheimer Unabhängigen“, der in der Nr. 90 der „Volksstimme“ vom 5. IV. 18 enthalten ist.

In demselben wird, wie schon früher an anderen Stellen es der Fall war, von „dem badischen Mitarbeiter“ der „Leipziger Volkszeitung“ gesprochen, als welcher auch schon meine Person bezeichnet worden ist. Der Artikelführer der Volksstimme sagt dann hinzu, daß dieser Mitarbeiter „erst kürzlich beim Vögen ertrunken“ sei.

Ich frage hiermit an, ob die Redaktion der „Volksstimme“ den Mut hat, öffentlich und bestimmt zu erklären, wen sie mit dieser Anschuldigung des Vögen treffen will. Es sollte bei einem ehrlichen Kampfe der Presse dem Angegriffenen die Möglichkeit nicht verschlossen werden, sich zu verteidigen.

Hilf! Adolf Ged, Abgeordneter.

Es geschah vor nicht sehr langer Zeit, daß die Redaktion derselben Mannheimer „Volksstimme“ in einem Anfall von Selbstkenntnis die Maximalpredigt tat: es sei jetzt angezeit, den Kampf sachlich und anständig zu führen. Es scheint, daß diese Anstandsregel nur für den Kampf mit der Vaterlandspartei im Auge gefaßt worden sollte. Daß der Mut keine hervorragende Tugend bei dem Verfasser des gekennzeichneten Artikels der „Volksstimme“ ist, geht aus dem Schweigen ihrer Redaktion hervor. In dem großen geistigen Umlernen muß auch die Tapferkeit eine Revision mitmachen nach der alten Sündenmoral: nur immer darauflos verleumden, etwas bleibt doch hängen!

Ad. Gk.

### „Zurück zu den alten sozialistischen Idealen!“

So lautete die Parole, mit der am Donnerstag, dem 17. April, in der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins zu Freiburg i. B. der Referent seine politische Monatsrundschau schloß. Einen Beifall verzeichnet der Bericht der Volksmacht, und es ist ihr nicht zu entnehmen, daß ein Redner der Versammlung sich gegen diese Parole des Redners ausgesprochen hat, bei der der Vorstandswahl mit dem Vorsitz betraut worden ist. Ablehnung der Kriegskredite und Budgetverweigerung wurden der Volksvertretung empfohlen angesichts der großen Enttäuschungen, welche dem nach demokratischer Neuorientierung schmachtenden Volke bereitet werden. Aus dem Geiste der Zeit und ihrer untrüglichen Zeichen ergebe sich die Notwendigkeit, die sozialdemokratische Politik wieder mit der Stärke ihrer abgewährten Grundhaltungen zu erfüllen.

Der Freiburger Verein, dem es wie Schuppen von den Augen fällt, gehört zur Landesorganisation der badischen Reformsozialisten, welche ihre Gelder opfern für die Berliner Vergewaltigung der alten Grundsätze der Sozialdemokratie. Die Freiburger nahmen wiederholt einen Anlauf — zuletzt beim Referat des Würzburg-Delegierten Engler über die Reberichterstattung —, dem Treiben der preussischen und badischen Scheidemänner entgegenzutreten. Aber mit der Faust in der Tasche blieben sie im Trost der Umlerneserboten. Eine merkwürdige Fügung des Schicksals, daß zur selben Stunde, als der Hilferuf nach der alten Sozialdemokratie im Oberlande erkante, unten in der badischen Pfalz der Führer des Reformsozialismus aus dem Leben geschieden ist. Es verlor genau ein Jahr, seit auf der Offenburger Delegiertenkonferenz in einer einstimmig gefaßten Resolution auch Front gemacht wurde gegen das ständige Abdrücken der badischen Führerpolitik in das bürgerliche Lager. Zu Weisungen erfolgte dann wie ein Blitz aus heltem Himmel die Kündigung des Großblocks durch den Abg. Kolb im Seniorenkongress der Zweiten Kammer.

So liegen nun wir durchscheinend die Parteiverhältnisse in der badischen Sozialdemokratie nach Beendigung der stürmischen Zeit 12-jähriger Großblockpolitik. Die Zeichen der Zeit fordern Umkehr. Ob aber die Vertrieben dazu noch imstande sind?

### Aus der Praxis der Abhängigen.

Durch die abhängige Presse geht ein Verleumdungskartell gegen die Volkswirtschaft in Russland. Den regierungssozialistischen Organen wird „aus einem Parteifunktionär“ ein Brief eines Parteifunktionärs mitgeteilt, der in Russland gefangen war, und der sich bitter über die Verhandlung durch die russischen Wachmannschaften beschwert. Natürlich müssen das alles Volkswirtschaftler gewesen sein.

Nach der Pariser Kommune bezeichnete das Bürgerium jeden Verbrecher als „Communard“ — um die Kommune mit Schmutz zu bewerfen und sie zu diskreditieren. Die deutschen Regierungssozia-

listen haben vom Bürgerium etwas gelernt. Nach derselben verächtlichen Methode stellen sie jetzt alle verbrecherischen Elemente in Russland als Volkswirtschaftler hin. Ihre sauberen Organe werden ein fürchtbares Geschrei anstimmen, wenn etwa konservative Organe den Auswurf der Berliner Verbrecherwelt als Sozialdemokraten hinstellen würden, aber sie scheinen sich nicht, mit denselben verächtlichen Mitteln die russischen Revolutionäre als Verbrecher hinstellen zu wollen. So weit sind sie also schon gekommen, daß für sie ein Revolutionär ein Verbrecher ist!

Man aber: welches abhängige Parteisekretariat hat der abhängigen Presse diesen Brief mitgeteilt, und wer ist der alte Funktionär, der ihn geschrieben hat? Man will den beiden doch kennen lernen, nachdem man weiß, was Geldes Kind er ist.

Daß wir dies saubere Stückchen auch in der Chemnitzer Volksstimme fanden, ist fast selbstverständlich. Ist doch damit eine saubere Nebenabsicht verknüpft. Man beschimpft die Volkswirtschaft als Verbrecher, um dann unsere Partei als Freundin von Verbrechern hinzustellen. Schändlicher kann auch der Reichsverband nicht kämpfen.

### Aus der Bewegung.

In Rostock konnte eine von etwa 100 Genossen und Genossinnen besuchte Mitgliederversammlung der U. S. D. stattfinden, in der der Abgeordnete des Kreises, Dr. Herzfeld, ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat über die politische Lage und der Reichstag hielt. Die Stimmung der Versammlung war ausgezeichnet. Der Parteiorganisation sind 16 neue Mitglieder aus den Reihen der Abhängigen beigetreten.

### Jahreskonferenzen britischer Arbeiterparteien.

In den Ostertagen hat die British Socialist Party (B. S. P.) ihre Jahreskonferenz in Leeds abgehalten. Solange Herr Hyndman während des Krieges an ihrer Spitze stand, trug die Partei imperialistischen Charakter, jetzt scheint sie wieder ihre alte Aufgabe erfüllen zu wollen, im Geiste von Karl Marx und der Internationale zu wirken. Ein einwandfreier Bericht über die Konferenz liegt leider nicht vor; was jetzt die B. S. P. nach dem bürgerlichen Manchester Guardian darüber bringt, kann auf Zuverlässigkeit keinen Anspruch erheben. Am ausführlichsten scheint man sich mit der Zukunft der Internationale befaßt zu haben; nur die B. S. P. und die Volkswirtschaft seien ihre internationalen Grundbegriffe treu geblieben, die Labour Party insbesondere habe durch die Unterfütterung der Regierung die Arbeiterinteressen verraten. Eine einstimmig gefaßte Resolution erklärt den Augenblick für gekommen, in dem die Arbeiter aller Länder ihre Bemühungen, eine internationale Konferenz einzuberufen, wieder mit aller Macht aufnehmen müßten. Sie fordert alle internationalen Organisationen auf, der russischen Revolution ihre Unterstützung zu leisten. Eine andere Resolution fordert von allen Staaten volle Staatsbürgerliche Rechte für die Juden und erklärt die von Balfour über diesen Gegenstand gehaltenen Reden für einen verheerenden Versuch, durch Gewinnung der jüdischen Sympathien die englische Annexion Palästinas zu erleichtern.

Auch die Unabhängige Arbeiter-Partei (I. W. P.) hat kürzlich in Leicester ihre Jahreskonferenz abgehalten. Aus dem Bericht der I. W. P. erfahren wir nur, daß das Unterhausmitglied Philipp Snowden die Meinung aus sprach, die Stimme der Vernunft werde sich wieder regen, wenn die militärische Panik des Augenblicks sich gelegt habe. Es sei erforderlich, daß die jetzige Regierung Englands gehe und die ebenso unumwälzbare Frankreichs mit sich ziehe. Eine Regierung müsse an ihre Stelle treten, die nicht mit der Verpflichtung auf die unheilvollen Kriegsziele geheimer Verträge belastet sei. Es müsse eine Regierung mit reinen Händen sein, die sich über die Köpfe ihrer militärischen Herrscher weg an die Wölfer der Zentralmächte wenden würde. Mit einer derartigen Regierung wäre das Ende des Krieges nahe. Snowden wünschte, daß alle Gegner der jetzigen Regierung gegen alle Kriegsvorkämpfer stimmen würden. Er würde sehr „jede Regierung unterstützen, die sich vornimmt, jeden Weg zu erforschen, der zum Frieden führen könnte, selbst wenn sie von einem Toren oder einem andern aus aristokratischer Tradition hervorgegangenen Staatsmann geführt würde.“

Der Heilmann knüpft an den letzten Satz die Bemerkung, daß die Politik der ähneren Linken in England himmelweit verschieden sei von der gestillosen Reinkongresspolitik untreuer Scheinabthaler Unabhängigen. Und er fragt: „Denn glaubt jemand, daß die deutschen Unabhängigen einen Reichstagsantrag unterstützen würden, der nicht aus ihren Reihen hervorgegangen wäre?“ Zur Verklärung des zweifellos sehr geistvollen Herrn Heilmann wollen wir diese Frage gleich beantworten: Ja, es könnte der Fall eintreten, daß auch die Unabhängige Sozialdemokratie einen deutschen Reichstagsantrag unterstützte; wenn er nämlich ehrlich und entschlossen mit der bisher betriebenen Kriegspolitik bröchen und „jede n Weg“ erforschen würde, der zum Frieden führen könnte. Das haben wir bei den bisherigen Kongressen vernunft und es bedauert den Abhängigen Überlassen, die Reichstagsantrag zu unterstützen, selbst wenn sie keinen andern Weg als den militärischen zum Frieden gehen wollten.

Offenburg in Baden. Die hiesige Mitgliedschaft (7. Kreis) hat im ersten Vierteljahr 1918 98 Beitragsmarken abgesehen und insgesamt 187,20 M. eingenommen. Es bleibt ein Kassenschatz von 30,87 M. Es wurden u. a. zu einem Pressefonds 40 M. gestiftet. Die Mitgliedschaft hat sich auf 70 erhöht. Die ausgegrenzte Zwölfertgruppe der Reformsozialisten erstattete bisher keinen öffentlichen Bericht über ihren Vereinsbestand. Am 23. August v. J. hatte der Karlsruher Volksfreund berichtet, daß in Offenburg der „Wiederaufbau der Partei“ vorbrachte ist. Wer weiß ist er denn ausgefallen?

### Von Nah und Fern.

#### Zum Jahrestag auf dem Neckar.

Chlingen, 29. April. Zu dem Jahrestag auf dem Neckar bei Hammeröschle nahe Chlingen wird noch gemeldet: Zahlreiche Personen benutzten die auf eine Tragkraft von 60 Personen berechnete Fähre. Sie führten, als diese umschlug, sämtlich in den Fluß. Viele konnten sich selbst retten, andre wurden von herbeigelegten Leuten aus dem Wasser gezogen. Bis heute früh wurden 14 Leichen aus dem Neckar gefischt. Man nimmt an, daß insgesamt 20 bis 30 Personen bei dem Unfall ums Leben kamen.

Chlingen, 30. April. Nach der letzten Nachricht sind bis jetzt zwanzig Leichen gefischt worden. Die Hauptschuld an dem Unglück soll dem Fährtenhaber treffen, weil er entgegen der amtlichen Vorschrift mehr Leute in das Boot aufgenommen hatte, als Sitzplätze vorhanden waren. Das Boot ist infolge Ueberlastung gesunken. Der Fährtenhaber ist in Haft genommen worden.

### Letzte Nachrichten.

#### Die Rationierung in England.

Bern, 20. April. Der englische Lebensmittel-Kontrollleur, Lord Rhondda, kündigte an, daß mit Ablauf der nächsten Zucker- und Fleischration am 14. Juli im ganzen Königreich perzentuale Rationierungen ausbleiben werden mit Ausnahme für Zucker, Fleischwaren und Fett.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Dr. Curt Geyer in Leipzig

Verantwortlich für den Anseratenteil:

Aug. Lehmann in Leipzig

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.



Aus der Reichshauptstadt.

Gegen die Herabsetzung der Brotzation.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Berliner Stadtverordnetenfraktion hat folgende Anfragen an den Magistrat gerichtet:

1. Welche Maßnahmen gedenkt der Berliner Magistrat zu ergreifen, um zu vermeiden, daß die ohnehin ungenügende Brotzation herabgesetzt wird? 2. Welche Maßnahmen hat der Berliner Magistrat ergriffen, um die ausreichende Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Obst und Gemüse sicher zu stellen?

Mit der Ausgabe der neuen Kohlenkarte für Ofen- und Küchenbrand für das Bezugsjahr 1918/19 in Groß-Berlin ist begonnen worden. Die zur Ausgabe gelangten grünen Grund- und Ausweis-Lizenzen berechnen sich nach dem Bezug von Kohlen. Die Kohlenhändler dürfen nur auf die Kohlenarten selbst Kohlen verabfolgen.

Zum neuen Straßenbahnnetz macht die Große Berliner Straßenbahn unter anderem bekannt: Von der Erhebung der tarifmäßigen Gebühr für z. B. eine Fahrt von der Hauptbahnhof zum Zoo bis auf weiteres abgesehen; in der Beförderung von Gegenständen, soweit sie überhaupt mitgenommen werden dürfen, tritt also gegen jetzt bis zu einer späteren Bekanntgabe eine Änderung nicht ein.

Auf der Straße erschossen. In der Nacht zum Montag drangen in der Arminienstraße 33 an Charlottenburg drei Einbrecher in die Wohnung der Näherin Nögge ein, die nicht zu Hause war. Sie wurden überrascht und auf der Flucht durch die Arminie und Goethestraße verfolgt. Als sie an der Ecke der Eisenheimer Straße von einer Nachtpatrulle festgenommen werden sollten, legten sie sich zur Wehr. Hierbei wurde einer der Einbrecher erschossen, während die beiden anderen entkamen. Man fand bei der Leiche mehrere hundert Brotkarten.

Typhus der Arbeit. In der Gummitabrik S. E. v. in der Köpenicker Straße geriet gummierte Leinwand in Brand. Hierbei erlitt die 54-jährige Arbeiterin Helene Richter aus Lichtenberg schwere Brandwunden. Sie wurde nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht. Ein zweiter Arbeiter, der 80 Jahre alte Heinrich Danisch, erlitt leichtere Verletzungen.

Durch einen Revolvererschuss schwer verletzt wurde von einem bisher noch unbekanntem Täter in der Nacht der Unteroffizier Hermann S. an der Ecke der Wasser- und Fürstenstraße. Der Getroffene wurde nach der Unfallstation gebracht. Zwei berittene Schutzleute nahmen die Verfolgung des Täters auf, doch gelang es diesen, im Schutz der Dunkelheit zu entkommen.

Auf einen Kussen geschossen. Der Schuhmann Schulz vom ersten Revier in Schönberg befand sich nachts auf einem Wachtgang in der Parkenstraße und sah, daß eine Anzahl Männer die dort befindlichen Kartoffelkisten aufmachen und die Feldfrüchte in Säcke packen. Näher hinzutretend bemerkte Schulz, daß die Diebe Kissen waren, die in einer Fabrik in Schönberg arbeiteten. Der Beamte nahm einen von ihnen fest, in denselben Augenblick aber sprangen die übrigen hinzu und verfluchten ihren Kameraden zu befreien. Nun entspann sich ein regelrechter Kampf, bei welchem dem Schuhmann das Seitengewehr entrissen wurde. Jetzt machte Schulz von seiner Schußwaffe Gebrauch, wobei einer der Kissen durch einen Schuß in den Oberschenkel lahmgelegt wurde. Die übrigen entkamen, da sie dem Schuhmann Sand in die Augen warfen. Der ziemlich erheblich verletzte Kisse wurde in ein Krankenhaus geschafft.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 30. April.

Mitglieder des 12. Kreises!

Erscheint heute abend in der Generalversammlung. Sie findet im Gesellschaftssaal des Volkshauses statt. Außer dem Jahresbericht und den Neuwahlen steht ein Vortrag über: Die politische Lage auf der Tagesordnung. Jedes Mitglied muß am Vereinsleben tätigen Anteil nehmen, damit die Organisation ein politischer Machtzettel wird. Auch die Behandlung der politischen Lage muß jedes Mitglied zum Versammlungsbesuch veranlassen. Ueber die Krieg- und Friedenspolitik liegt reiches Material vor, die preussische Wahlrechtsfrage beherzigt zur Zeit die innere Politik, so daß schon diese beiden Dinge die Mitglieder interessieren werden. Die Versammlung beginnt pünktlich 7 1/2 Uhr.

Hausbesuche und Mitterabende.

Zu diesem Thema sprach am Dienstag in der Frauen-Hochschule Frau Anna Rieckmann. Hausbesuche und Mitterabende sind sozusagen als Bindeglieder zwischen Kinderheim und Elternhaus gedacht. Viele Arbeiterfrauen mühen sich sehr vor Hausbesuchen haben, und daß diese Taten eine gewisse Verpfändung hat, ging erst der Betretung der Vortragenden hervor. Hausbesuche sollten nicht gemacht werden, um die Nase in Familienangelegenheiten zu stecken und Protokolle anzunehmen, sondern um den Müttern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Es gibt also viele „schlechte Besuchsdamen“, die Frau Rieckmann mit dem wenig schmeichelfähigen Prädikat „Domestica“ bezeichnete; aber auch gute Hausbesucherinnen gebe es. Man müsse als Freundin kommen, um zu sehen, ob die Jüglinge des Kinderheims auch zu Hause gut wohnen, gut essen und gut ausgehen, und wie Wohnung und Haushalt beschaffen seien. Ferner gelte es, die Mütter in ihrem tiefsten Kummer zu trösten — kurz: der Mensch solle zum Menschen sprechen! Dazu sei tiefes Wissen und Können nötig. Und nur taktvolle, verständnisvolle Persönlichkeiten könnten Segen stiften. Es müßten sich für diesen Zweck der sozialen Arbeit viel mehr Frauen interessieren. Die Rednerin betonte zwar, daß die Zahl der erwerbstätigen Frauen bedeutend gestiegen sei. Doch konnte sie leider kein Rezept angeben, wie es den tagtäglich der Familie entzerrten Müttern zu ermöglichen sei, bei den jetzigen Verhältnissen Wohnung und Haushalt in Ordnung zu halten, ihren Kindern eine gute Pflege zu bieten und — vor allem — den Kleinen gutes Essen zu geben! Die Mitterabende sollen den Eltern und Müttern einen „schönen, gemüthlichen und erfreulichen Erholungsabend“ darbieten. Die Mütter können gern, um freundschaftliche Teilnahme, Rat und Aufklärung in pädagogischen, wirtschaftlichen, hygienischen und anderen Fragen, zu empfangen, auch lasse sich durch diese Abende eine „kleine Auffassung der Pflichten und eine bessere Erziehung der Kinder“ erzielen. Frau Rieckmanns Vorschlag ging dahin, solche Mitterabende (wöchentl. an der Zahl) in der Zeit vom Herbst bis Ostern abzuhalten, in denen dann alle die auf den verschiedenen Gebieten notwendigen Tages- und Lebensfragen erörtert werden sollen. Und damit die Frauen erkennen, daß sie als Gäste geehrt und als Mütter geachtet werden, wolle man sie auch gastlich aufnehmen. Bei dem gegenläufigen Austausch von Erfahrungen und Gefühlen würden, wie die Vortragende bemerkte, auch die Veranlasserinnen lernen. Die besten Mitterabende seien die, wo beide Teile etwas mit nach Hause nehmen. — Bei aller Anerkennung des guten Willens sehen wir in den Hausbesuchen und Mitterabenden nicht das richtige Mittel, die von Not und Kummer heimgeführten Frauen und Mütter aus der

allgemeinen Notlage zu befreien. Hier muß die Arbeiterin — und um diese handelt es sich — selber kräftig zupacken, sich rühren und organisieren, um in den Organisationen und durch dieselbe ihre nur zu berechtigten Forderungen gegen die heutige Gesellschaftsordnung geltend zu machen.

Aufgaben einer Fabrikpflegerin.

Wie von mancher Dame die Aufgabe einer Fabrikpflegerin aufgeföhrt wird, zeigt folgendes Geschichtchen. Bei der Firma Hugo Schneider (Paunsdorf) suchte am 12. Dezember 1917 eine Arbeiterin in einer Geldangelegenheit die Anstaltsdame, Fräulein Hunger, auf. Bei dieser Gelegenheit fragte Fräulein Hunger die Arbeiterin, die in andern Umständen war, wie lange sie noch ginge. Die Arbeiterin gab der Wahrheit die Ehre, worauf Fräulein Hunger sagte, sie solle so schnell als möglich zu Hause bleiben. Soweit alles gut.

Die Arbeiterin besolgt den Rat. Sie kommt aber mit dem Vater ihres Kindes in Klimentenstreitigkeiten, da er die Unterhaltskosten für die Zeit vor der Entbindung nicht bezahlen will. Sein Rechtsbeistand ist der Meinung, sie hätte so lange als möglich arbeiten sollen. Die Arbeiterin beruft sich nun auf den Rat des Fräulein Hunger. Fräulein Hunger wird als Zeuge geladen. Daraufhin läßt sie die Arbeiterin zu sich kommen und trägt sie nach dem Vorgang. Die Arbeiterin schildert den Vorgang und Zeitpunkt, aber Fräulein Hunger konnte sich leider auf nichts besinnen und sagt, sie wolle damit nichts zu tun haben. Aber auch die Betriebskrankenkasse zeigt sich sehr nobel. Sie wollte der Arbeiterin gar nichts geben, dann bot sie ihr 7 M., und erst als sie auf das Versicherungsamte gehen will, gibt man ihr 10 M. für die Woche. Auch die 25 M. Reichswochenhilfe weigert sich die Kasse an die Arbeiterin zu zahlen. Sie stellt sich auf den Standpunkt, der Vater des Kindes hätte für die Arbeiterin gesorgt, deshalb hätte sie an die Kasse keinen An-

Sonntag, den 5. Mai 1918
vormittags 1/11 Uhr,
findet im grossen Saale des
Zoologischen Gartens eine
Karl-Marx-Feier
statt, die dem Gedächtnis
des hundertsten Geburtstages
unseres grossen Vorkämpfers
gewidmet ist.

spruch. Erst auf energischen Einspruch bekommt die Arbeiterin ihr Geld. Schliesslich ist die Arbeiterin entlassen worden, die 7 Jahre bei der Firma beschäftigt war.

Zonk leistet Fräulein Hunger ja Großes im Betriebe. Sie hat für die Arbeiterinnen einen Gesangverein gegründet, sie setzt zur Hebung des Anstandes und des guten Tons hohe Strafen fest und ist als Vorsteherin der Betriebskassa um das leibliche Wohl der Beamtinnen sehr besorgt. Aber auf bessere Behandlung der Arbeiterinnen seitens einzelner Meister und Innehaltung der Schutzvorschriften zu sehen, reicht ihr Einfluß nicht aus. Gerade das letztere wäre bei der Firma Hugo Schneider für eine Pflegerin eine sehr verdienstvolle Aufgabe. Wollen die Arbeiterinnen etwas verdienen, dann können sie keinerlei Schutzvorrichtungen brauchen, abgeschliffene Finger und Hände gibt es deshalb in dem Betrieb sehr oft. Aufgabe der Fabrikpflegerin soll sein, den Arbeiterinnen mit Rat und Tat unter die Arme zu greifen. Dazu reicht es aber bei der Pflegerin der Firma Schneider nicht aus.

Lebensmittelliste für Mittwoch, den 1. Mai 1918.

Für Haushaltungen.

- Anmeldung. Saferrnährmittel und Zucker für Kinder bis zu 3 Monaten; Vetter Tag — abzugeben H 1 und Z 1 der Lebensmittelliste S 1.
Saferrnährmittel, Mehl und Zucker für Kinder über 3 Monate bis zu 2 Jahren; Vetter Tag — abzugeben N 1, M 1 und Z 1 der Lebensmittelliste S 2-3.
Heringe; abzugeben 28 E und K der Lebensmittelliste B 2.
Kaffee-Erfrischmittel für Betriebe; abzugeben A 2 der violetten Kaffee-Erfrischmittelliste für Gastwirtschaften und ähnliche Betriebe.
Wärmelade; Vetter Tag — abzugeben 27 E und K der Lebensmittelliste B 2.
Margarine; Vetter Tag — abzugeben Landesmarken Q mit Aufdruck „80 Gramm Zucker oder sonstiges Speisefett, Stadt Leipzig, Mon.: Mai 1918“ und weißgelbliche Zusatzmargarinemarken J 1-4.
Ausgabe. Eier; bestellt mit blauer Eiermarke G 3 (1 Ei 40 Pfg.)
Zusatzkarten für Kranke; Nr. 1801-2000 der Handhalkarte.
Für Händler.
Eier; Bezugscheinentnahme durch die Großhändler.
Graupen; Markenablieferung durch die Kleinändler einer Obmannschaft an ihren Obmann.

Ein schlechter Scherz über die Fleischversorgung.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten lassen sich von ihrem Berliner Mitarbeiter melden, der Staatssekretär von Waldow habe im preussischen Abgeordnetenhause darauf hingewiesen, daß wegen der Futtermittel der Viehbestand kaum noch den Anforderungen der Fleischversorgung im bisherigen Umfang gewachsen sei. Es müßte mit einer Herabsetzung der Fleischration zu Beginn des Erntejahres gerechnet werden. Da zugleich darauf hingewiesen wird, daß Deutschland aus den besetzten Gebieten Vieh erhalten hat, so kann es sich bei der Ankündigung der Verkürzung der Fleischration doch wohl nur um einen schlechten Scherz handeln, denn wie kann man eine Fleischration von 100 oder 150 Gramm noch weiter herabsetzen?

Zwanzig Prozent Dividende und außerdem 100 M. Ariensanleihe auf jede 1000-Mark-Aktie!

Diesem Segen beschloß die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft Hugo Schneider-Paunsdorf über ihre Aktionäre anzuschreiben. Die weiter in der Versammlung ausgeführt wurde, beträgt der diesjährige Reingewinn annähernd fünf und eine halbe Million Mark (i. B. 3,8 Millionen). Die Geschäftsaussichten werden als sehr befriedigend geschildert; an reichlichen Aufträgen sei kein Mangel. Der Aufsichtsrat wurde um ein Mitglied vergrößert, und zwar hat man den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten und Vizepräsidenten Dr. Paasche in den Aufsichtsrat gewählt.

Heringe! Endlich, nach einem Vierteljahr, kann die Leipziger Bevölkerung wieder einen Hering erlangen. Die letzte Heringverteilung wurde Mitte Februar vorgenommen. Damals gab es 200 Gramm für die Person; jetzt sollen 100 Gramm mehr zugeteilt werden. Daß das Pfund Heringe in dem Vierteljahr um 15 Pfg. teurer geworden ist — es kostet jetzt 1,25 M. —, wird die Hausfrau resignierter hinnehmen, wenn sie nur den nachhaften Fisch erhalten kann. Nicht zu verstehen ist es, daß so selten Heringe an die Bevölkerung verteilt werden. Man könnte zwar in der Zwischenzeit marinierte Heringe kaufen; diese waren aber verhältnismäßig teuer. Viele Hausfrauen mühten eben des hohen Preises wegen auf einen sauren Hering verzichten. Man fragt sich verwundert, wie es nur kommt, daß den Fischkonferenzen Heringe zugewiesen werden, während die große Masse der Verbraucher ein ganzes Vierteljahr darauf warten muß. Für die Verbraucher wäre es vorteilhafter, wenn der preisvertuernde Konservenbetrieb weniger Berücksichtigung fände.

Eine Wohnungszählung. Nach einer Bundesratsverordnung findet im Reich in der Zeit vom 15. bis 31. Mai eine Zählung der Wohnungen statt in solchen Gemeinden, die bei der letzten Volkszählung 5000 und mehr Zivileinwohner besaßen. In Gemeinden mit weniger als 5000 Zivileinwohnern findet eine Zählung der Wohnungen nur dann statt, wenn diese Gemeinden in Industriebezirken liegen oder in der Nähe größerer Nachbargemeinden, also für die in letzteren arbeitende Bevölkerung als Wohngebiete mit in Frage kommen. Die Zählung soll statistischen Zwecken dienen, die mit der Bekämpfung der Kleinwohnungsnot im Zusammenhang stehen.

Knochenbrühertrakt, wie er bei der Speisefetigerzeugung aus Knochen mit hergestellt wird, ist zurzeit an die Fleischer und andre einschlägige Geschäfte in größeren Mengen in den Handel gegeben worden. Knochenbrühertrakt eignet sich zum Kochen von Suppen, Tunken, Gemüsen, Kartoffelstücken, namentlich auch von Dörrgemüse und Sauerkraut. Der Extrakt muß bei der Zubereitung der Speisen richtig mit verköst, nicht erst nachträglich zugelegt werden. Da der Extrakt dickflüssig in Dosen ungewürzt geliefert wird, kann die Nachwürzung der Speisen je nach Geschmack geschehen.

Ein allgemeiner Teuerungszuschlag im Buchhandel in Sicht! Die Hauptversammlung des Vorkämpfers der Deutschen Buchhändler, die am 28. April, dem sogenannten Kantate-Sonntag, im Buchhändlerhaus tagte, nahm unter anderem eine Resolution an, in der die Einführung eines allgemeinen Teuerungszuschlags verlangt wird. Dieser Zuschlag soll für das Gesamtgebiet des deutschen Buchhandels verbindlich sein und spätestens zwei Jahre nach Eintritt des allgemeinen Friedens wieder erlöschen. Begründet wurde die Forderung des Teuerungszuschlags mit der ständig wachsenden Verteuerung der Herstellungskosten, der Lebenshaltung und mit erhöhten Geschäftskosten.

Polizeinrichten.

Getöten wurden in der Nacht zum 24. April in Könnitz bei Wurzen zwei Zucht-Schafböcke (Widder) im Werte von 1000 M. Die Tiere sind am Taxorte abgeschlachtet worden und haben die Täter der abgetrennten Köpfe, die Felle und die Beine der Tiere zurückgelassen.

Unflinige Spielerei. In E.-Vollmarzdorf hat am 27. April ein Schlofferlektion im Hofraum Papier angebracht und in das Feuer eine Gewehrpatrone geworfen, die durch die Hitze explodierte. Durch die umhergeschlenderten Teile ist ein dabei stehendes 8-jähriges Mädchen, glücklicherweise nicht schwer, an einem Beine verletzt worden.

Verhaftung eines Einmietdiebes. Vor einigen Tagen wurde die Krim.-Polizei auf einen Menschen hingewiesen, der eine Infantierie-Offiziersuniform trug, aber nicht recht in diese hineinpaßte. Bei der Prüfung an Kinnstelle stellte es sich heraus, daß er kein Offizier, wohl aber ein inhaftlicher Soldat aus Lützenburg gebürtig, und zwar ein schon lange gefuchter war. Man hatte den Menschen ertappt, der sich schon seit Monaten einmietet und nach kürzester Frist aus den Wohnungen verschwand unter Mitnahme wertvoller Gegenstände, meist Wäsche, Kleider, Schmucksachen ufm. Viele auf das Vermieten angewiesene Bekleidete sind durch dieser Gauner um Sachen gebracht worden, die Tausende von Mark wert sind und sich jetzt überhaupt nicht wieder ersetzen lassen. Gegen 30 bezartige Anzeigen liegen vor.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Höchstpreise für Eier von Zwerghühnern in Leipzig-Land. Der Bezirksverband Leipzig-Land hat den Höchstpreis für Eier von Zwerghühnern im Kleinhandel auf 25 Pfg. für ein Ei festgesetzt.

Die Polizeistunde.

Mit Rücksicht auf die Wiedereinführung der Sommerzeit hat die Kreispolizeimannschaft Leipzig die Polizeistunde für Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, sowie für Schießplatzhäuser und Vergnügungsorten des Bezirkes für die Zeit vom 1. Mai bis 15. September auf 11 Uhr abends festgesetzt.

Nidtha. Heringerverkauf. Gegen jede fälschliche Lebensmittelliste Nr. 12 können in allen einschlägigen Geschäften vier Fetheringe zum Preise von zusammen 30 Pfg. abgegeben und entnommen werden.

Berkauf von Zwieback. In den Geschäften von Becker, Morgenstern, Müller, Wessertorn, Schulze, Konsumverein und Apotheke steht Kranken Zwieback zum Verkauf, welcher für Kinder unter 2 Jahren und für über 70 Jahre alte Personen gegen die jeweilige gültigen Brotmarken entnommen werden kann. Gegen eine Brotmarke wird ein Pfund Zwieback gewährt.

Zwentau. Heringe (1/2 Pfund zu 60 Pfg.) werden im Konsumverein, bei Meißner und Blümel auf Abschnitt 2 der Lebensmittelliste abgegeben. — Kartoffel Suppe (1/2 Pfund zu 30 Pfg.) gelangt im Konsumverein, bei Zante, Stein, Bär, Kühn und Riebel auf Abschnitt 4 der Lebensmittelliste zur Abgabe.

Schleibitz. Butter- und Margarine-Berkauf. Haushaltungen, die in vergangener Woche keine Butter erhalten haben, empfangen am Sonnabend von 9 bis 12 Uhr 40 Gramm Butter zu 25 Pfg. auf die Stadt-Buttermarke Nr. 27. Zu gleicher Zeit werden auf eine Buttermarke K 50 Gramm Butter, zu 31 Pfg., sowie 50 Gramm Margarine zu 20 Pfg. auf eine abgetrennte Zusatzkarte des Kreises Wertheburg und auf eine Buttermarke G verabfolgt. — Auslandsbutter wird in der städtischen Butterverkaufsstelle auf die Stadt-Buttermarke Nr. 28 an die Einwohner abgegeben. Die Ausgabe erfolgt am Mittwoch an die Haushaltungen Nr. 1-1040, am Donnerstag an die Nr. 1041-2084. Abgegeben werden für jede Person 50 Gramm zu 47 Pfg.

# Sächsische Angelegenheiten.

Die Zukunft der Industrie- und Landarbeiter.

Der Konserervative v. Hryn hat in der Zweiten Kammer einen Antrag eingebracht, worin die Wünsche der Agrarier deutlich wiedergegeben sind, die die Regierung in der Arbeiterfrage erfüllen. Die Finanzdeputation B hat den Antrag angenommen und unterbreitet ihn nun der Kammer. Von der Freiheit der Arbeiter, über ihre Arbeitskraft frei zu verfügen, ist keine Rede mehr, wenn diese Forderungen erfüllt werden. Aber nicht nur die Arbeiter sollen völlig in die Gewalt der Agrarier kommen, die Herren haben noch ganz andere Forderungen an den Staat: Lieferung von Maschinen und von Zucht- und Arbeitsvieh. Wir wollen den Antrag im Wortlaut wiedergeben und empfehlen den Arbeitern, ihn genau zu studieren: Die Kammer solle die Staatsregierung ersuchen, den Wiederaufbau und die Förderung des gesamten sächsischen Wirtschaftslebens, insbesondere der Landwirtschaft, durch folgende Maßnahmen zu sichern, beziehentlich im Bundesrat entsprechende Anträge stellen zu lassen:

## Die Beschaffung ausreichender Arbeitskräfte.

Die für die Landwirtschaft unentbehrlichen Betriebsleiter, Beamten, Facharbeiter und Arbeiter sind bei der Demobilisierung an erster Stelle zu entlassen.

Die vom Heeresdienst freierwerbenden Arbeiter sind zunächst an die frühere Arbeitsstätte zurückzuführen.

Die Abwanderung der ausländischen Saisonarbeiter ist bis zur Erfolgebeschaffung möglichst zu verzögern.

Die Entlassung der Kriegsgefangenen hat unter denselben Voraussetzungen nur nach und nach zu erfolgen.

## Die Beschaffung von Zuchtieren.

Die beim Friedensschluss freierwerbenden, für das Heer entbehrlichen Pferde sind bis zur Erfüllung des Bedarfs unter Ausschluß des Zwischenhandels und unter besonderer Berücksichtigung der Betriebe abzugeben, die der Heeresverwaltung Pferde geliefert haben.

## Die Beschaffung von Zuchtvieh.

Zur Ergänzung der durch die übermäßige Abschächtung von Rindern und Schweinen besonders geschwächten Zucht- und Zuchtweibestände sind Zuchtstiere aus andern deutschen und den besetzten ausländischen Zuchtgebieten sowie aus neutralen Ländern einzuführen.

Die Beschaffung von Beförderungsmitteln, Maschinen, Geräten und Geschirren, an Stelle der durch Witterungseinflüsse, ungeeignete Behandlung und infolge von Facharbeitermangel nicht rechtzeitig erfolgter Ausbesserung unbrauchbar gewordenen, ist dadurch zu erleichtern, daß solche Gegenstände aus den besetzten Gebieten zurückgeführt und mit den bei der Heeresverwaltung freierwerbenden unter Ausschluß des Zwischenhandels so lange abgegeben werden, bis der notwendige Bedarf gedeckt ist.

Hierbei sind die Betriebe zuerst zu berücksichtigen, die solche Gegenstände an die Heeresverwaltung geliefert haben.

Bei der Durchführung dieser Maßnahmen ist nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß Sachsen eine den Leistungen und Bedürfnissen entsprechende Berücksichtigung findet.

# Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

52. Sitzung. Montag, 20. April, nachm. 6 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen mehrere Kapitel des ordentlichen Staatshaushaltplanes; Finanzelles Verhältnis Sachsens zum Reich, Reichstagswahlen.

## Berichterstattung Sachsens im Bundesrat.

Abg. Günther (Fortf. v. p.): Die zukünftige staatsrechtliche Gestaltung von Elsaß-Lothringen soll im Bundesrat wiederholt Gegenstand eingehender Beratungen gewesen sein. Nach den darüber in die Presse gelangten Mitteilungen soll die Absicht bestehen, Elsaß an Bayern und Lothringen an Preußen anzugliedern. In letzter Zeit wurde auch behauptet, daß auch Baden dabei bedacht werden solle. Welche Haltung Sachsen dabei eingenommen hat, sei nicht bekannt geworden. Ebenso tapfer wie die Preußen und Bayern hätten auch die Sachsen, Württemberg, Thüringen usw. gekämpft. Eine besondere Belohnung Preußens und Bayerns lasse sich also nicht rechtfertigen, noch viel weniger, wenn über die Äuße der elsass-lothringischen Bevölkerung hinweg eine Teilung und Angliederung der Reichsländer an Preußen und Bayern beschlossen werden sollte. Er frage die Regierung, ob die Angliederung Elsaß-Lothringens an einen Bundesstaat oder mehrere im Bundesrat erörtert worden ist und ob sich Sachsen mit einer solchen Angliederung Elsaß-Lothringens an Preußen und Bayern einverstanden erklärt habe.

## Abg. Fleißner (Unabh. So.).

verlangt Auskunft über die Haltung der sächsischen Regierung im Bundesrat zur neuen Reichssteueranlage. Im allgemeinen dürfte darüber ja keine Unklarheit herrschen, immerhin dürfte es interessieren, wie sich die Regierung im einzelnen zu dieser außerordentlich wichtigen Vorlage gestellt hat. Die einzelstaatlichen Finanzminister sollen bei ihrer Vorbereitung großen Einfluß ausgeübt haben. Auch angesichts der durch den Krieg total veränderten Verhältnisse wolle man an dem Grundgedanken festhalten, daß die direkten Steuern ein Privileg der Einzelstaaten sind. Dieser Grundgedanke lasse sich aber heute nicht mehr aufrechterhalten.

Man rede immer wieder von einer Kriegskostenentschädigung, die uns unsere Feinde zahlen sollten; es werde aber schwer halten, eine solche zu erlangen. Man werde dann eben erst die Feinde niederzuschlagen müssen. Was bei einem Machtfrieden herauskomme, das seien ja die Vorkämpfer in Russland. Obgleich wir mit Russland, mit der Ukraine und den Randstaaten Frieden haben, gehe doch der Krieg weiter.

Präsident Dr. Vogel unterbricht den Redner: die Erörterung der Kriegsfragen gehöre nicht vor das Einzelstaatenparlament.

Abg. Fleißner (fortf.) widerspricht dieser Auffassung. Bei Friedensverträgen hätten Bundesrat und Reichstag mitzuwirken. Er warte, auf dem betretenen Wege fortzufahren. Auf diesem Wege sei der Frieden nicht zu erreichen, der jedem Menschen am Herzen liege. Wie sähe denn der Friede in der Ukraine aus? Die Bayern weigerten sich, das Getreide herauszugeben, und die Rada habe keinen Boden im Volke. (Der Präsident unterbricht erneut den Redner mit dem Bemerkens, dies gehöre nicht zur Sache; Frieden könne nur der Kaiser schließen; Fleißner solle also eine weitere Besprechung dieser Frage unterlassen.)

Abg. Fleißner (fortf.): Ganz ähnlich wie in der Ukraine lägen die Verhältnisse in Estland und Litauen (Lithuanien) und sonstige Zwischenrufe rechts). Man könne von einer direkten Verlegung des abgeschlossenen Friedensvertrages sprechen. In jenen Ländern werden mit Hilfe der deutschen Regierung nicht die Interessen der breiten Volksmassen, sondern die der haltlosen Barone wahrgenommen. Daraus müssen sich weitere Komplikationen ergeben.

Wenn wir in dieser Weise fortfahren, Frieden zu schließen, dann müssen wir einer sehr trüben Zukunft entgegensehen. Nach alledem könne man sich auch über die im Heere betriebene Aufklärungsarbeit nicht mehr wundern. (Erneuter Unterbrechung durch den Präsidenten.)

Abg. Fleißner schließt darauf mit der Feststellung, daß es einem Abgeordneten im sächsischen Landtag nicht möglich ist, zu diesen außerordentlich wichtigen und brennenden Fragen Stellung zu nehmen.

Finanzminister v. Bendewitz: Das Recht, Frieden zu schließen, stehe lediglich dem Kaiser zu. Bundesrat und Reichstag hätten da nicht hineinreden. Der Steuervorlage habe die sächsische Regierung bei dem großen Geldbedarf zugestimmt. Die geplanten Steuern träfen nicht bloß das Volk, sondern zu einem sehr großen Teil hauptsächlich den Besitz, besonders die Einkommensteuer, Aufwands- und Weinsteuern. Der Minister warnt vor einer Überspannung der direkten Steuern mit Rücksicht auf den großen Geldbedarf nach dem Kriege.

Gesandter v. Leipzig versagt sich, auf die Angriffe Fleißners einzugehen; er weise sie ebenfalls zurück, die Reichsleitung habe ein gutes Gewissen und werde auf dem bisherigen Wege fortfahren. Die elsass-lothringische Frage sei Gegenstand von Erwägungen gewesen, aber eine Vorlage sei dem Bundesrat noch nicht gelangt. Die bisherige Angliederung Elsaß-Lothringens an das Reich habe sich nicht bewährt, auch nicht die dort 1911 eingeführte Verfassung. Die sächsische Regierung habe schon damals Bedenken geäußert.

Abg. Zander (Unabh. So.): Der hohe Bedarf an Steuern könne unmöglich bloß auf indirektem Wege aufgebracht werden. Hier sind für eine kräftige Vermögens-, Erbschafts- und Einkommensteuer. Der schwerste Fehler sei es, wenn die sächsische Regierung ihre Zustimmung zu dem weiteren Ausbau der indirekten Steuern gegeben hat. Wir können so etwas nicht vertreten im Interesse der gesamten deutschen Bevölkerung. Eine Kriegskostenentschädigung würden auch wir Sozialdemokraten annehmen, wenn wir sie bekommen könnten, ohne daß deswegen der Krieg auch nur um einen Tag verlängert zu werden brauchte. Die sozialdemokratische Partei verurteile die friedensfeindliche Haltung eines Klotz-Georne und eines Clemenceau auf das allerheftigste. Um Kriegskostenentschädigung und Annexionen den Krieg zu verlängern, wäre geradezu ein Verbrechen. Die Arbeiterschaft hätte darunter am meisten zu leiden. Im Interesse der gesamten Menschheit und der Kultur dürfe der Krieg wegen phantastischer Kriegseroberungsziele nicht einen Tag länger geführt werden. Das wäre sonst ein Verbrechen am Volke und deswegen war er davon. (Wrao! bei den Soz.)

Abg. Dr. Wöhne (Unabh. So.): Es ist nicht für richtig, von hier aus in die Verhältnisse Elsaß-Lothringens einzugreifen. Man sollte hier Reserve beobachten, bis die politische Lage geklärt sei. Wenn in den östlichen Randstaaten anscheinend noch immer Krieg geführt werde, so seien daran die Gefinnungsgenossen Fleißners, die Volkswirtschaft, schuld, die dort Räuberbanden gebildet hätten.

Abg. Nitzsche (Unabh. So.): Der Frage einer Kriegskostenentschädigung sollten sich doch endlich alle Kreise freundlich gegenüberstellen. Die Reden Fleißners wirkten kriegsverlängernd.

Abg. Fleißner (Unabh. So.) meint, daß, wenn man die Elsaß-Lothringer so deutschfreundlich hinstelle, man sich doch wundern müsse, daß man ihnen dann nicht das Selbstbestimmungsrecht gewähre. Wir verlangen, daß die Sozialisten in allen Ländern die Politik ihrer Regierungen bekämpfen. Das Verhalten der andern Regierungen ist der Friedenssache ebenso wenig dienlich und gerechtfertigt, als das der deutschen Reichsregierung.

Abg. Dr. Jähnel (Unabh. So.) tritt für die Außerachtlassung des Kriegszustandes ein. Das Reichsgericht habe sich in dieser Zeit nicht bewährt, sondern eine Art Kabinettsjustiz durchgeführt.

Finanzminister v. Bendewitz legt gegen die Neuerung Fleißners, daß das deutsche Vorgehen in Finnland schmähtlich sei, Verwahrung ein.

Nach weiterer uninteressanter Debatte werden die Kapitel genehmigt.

Wegen 1/2 Uhr abends wird noch in die Schlussberatung über den Gesetzentwurf über die Brandversicherung von Gebäuden, die von der Zwangsversicherung ausgeschlossen sind, eingetreten. Der Entwurf wird schließlich nach der Vorlage angenommen.

# Gewerkschaftsbewegung.

## Die Schenklitzer Holzarbeiter

hielten am 18. April ihre Mitgliederversammlung ab. Hauptredner Werner-Weiß sprach über: Zweck und Nutzen der Organisation. Die eigenartigen Verhältnisse im Betriebe der Firma Schäfer u. Söhne wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung der Holzarbeiter, zahlstellige Schenkler, protestiert aufs Entschiedenste gegen den Beitritt ihrer Organisation zum Bund für Freiheit und Vaterland. Sie erklärt in dieser Handlung, welche ohne die Mitglieder zu fragen, vorgenommen wurde, eine Degradierung aller bisher bestehenden Grundzüge einer freien Gewerkschaft. Sollte in nächster Zeit eine Änderung dieser Taktik nicht eintreten, sieht sich die Versammlung veranlaßt, andre Schritte zu unternehmen. Mit einem Hinweis, an dem Ausbau des Verbandes tätlich mitzuarbeiten, schloß der Vorsitzende, Kollege Diebler, die gutbesuchte Versammlung.

Teuerungszulagen im Schneidergewerbe. In Müritzen tagten die Vertragsparteien des Schneidergewerbes unter Mitwirkung eines unparteiischen Schiedsrichterkollegiums, um über die Fortsetzung der Gewährung einer zweiten Kriegsteuerungszulage zu verhandeln. Nach längeren Verhandlungen fällten die Unparteiischen folgenden Schiedsspruch: Unter Einrechnung der im November gewährten Teuerungszulage wird neben der 25-prozentigen Teuerungszulage eine weitere Zulage von 25 Prozent, für Berlin von 40 Prozent, gemährt, so daß die Gesamtzulage 60 bzw. 65 Prozent zu den Tariflöhnen beträgt. Diese neue Teuerungszulage erfolgt unter den gleichen Voraussetzungen, wie die letzte gewährte und wird ab 1. Mai bezahlbar. Die Gesamtzulage zu welchem Zeitpunkt die Arbeit in Angriff genommen wurde.

Dieser Vorschlag bedarf der Zustimmung der Parteien; die in den nächsten Wochen erfolgen muß.

Für den Einstellungszwang. Die Kriegsbeschädigten fordern, daß die Unternehmer gesetzlich gezwungen werden, Kriegsbeschädigten zu beschäftigen. Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge hat kürzlich mit ganz knapper Mehrheit sich gegen den Einstellungszwang ausgesprochen. Die das Korrespondenzblatt der freien Gewerkschaften mittelst, beruht dieses Abstimmungsresultat lediglich auf dem Umstand, daß fast alle Vertreter der Arbeiter und Angestellten verhindert waren, an der entscheidenden Sitzung des Reichsausschusses teilzunehmen. Die jüngste Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften hat sich nochmals mit der Sache befaßt und nach einem Referat Bauers über die Vorklagen im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge einstimmig beschlossen, auch weiterhin für den gesetzlichen Einstellungszwang einzutreten.

Die Ausgaben der freien Gewerkschaften für Unterstützungszwecke. Während des Krieges, vom 1. August bis zum 31. Dezember 1917, sind, wie eine von der Generalkommission der Gewerkschaften veranstaltete Umfrage ergibt, von den freien Gewerkschaften insgesamt an Unterstützungszwecken ausgegeben 110 494 014 M. 25 358 220 M. wurden an die Familienangehörigen der zum Heere Eingezogenen verausgabt. 25 187 215 M. sind an Arbeitslose gezahlt. Der Rest der Unterstützungssumme 65 054 499 M. ist für Kranken-, Invaliden-, Witwen- und Waisenunterstützungen und andern Hilfsleistungen aufgewandt.

## Briefkasten der Redaktion.

Jacob Weimann, J. Sie können durch meine Buchhandlung auch Bücher beziehen, die nicht in unserm Verlage erschienen sind. Sie müssen sich bei der Buchdirektion beschweren.

H. 7, P. Kollm. Der durch gesetzliche Bestimmungen, durch Testament oder durch Erbvertrag als Erbe eines Verstorbenen berufen ist, erwirbt ohne weiteres mit dem Tode des Erblassers die Erbschaft.

E. P. 10. Wenden Sie sich an das Kriegsunterstützungsbüro, Stadthaus. Eine bedürftige Arbeiterfrau muß die Reichswohnenhilfe erhalten.

J. E. 81. Es handelt sich um eine höchst einfältige Behauptung, die erfunden ist und die ernsthaften Leute aus allen Parteien als Verleumdung ansehen.

H. W. G. S. Plagwitz. Bei Ihrer wirtschaftlichen Lage ist es möglich, daß Ihnen Kriegskostenerstattung gewährt wird, da Ihnen zwei Söhne gefallen sind. Wenden Sie sich an das Kriegsunterstützungsbüro in Leipzig.

H. R. J. Wenzlau. Sie müssen klagen, aber das Gericht kann dem Schuldner eine Zahlungsfrist bis zu einem Jahre zubilligen. Zum Verkauf sind Sie erst berechtigt, wenn ein rechtskräftiges Urteil vorliegt.

Zuckerpreis. Die Reichs-Zuckerausgleichsstelle hat auf Induzierung, der für gewerbliche Zwecke gebraucht wird, einen Aufschlag gelegt, der vertrieben ist und sich danach richtet, wozu der Zucker verwendet wird. Die Ravit kann also den festgesetzten höheren Preis fordern, wenn Sie als Diensthilfsarbeiter Souffig verkaufen.

D. D., im Felde. I. Ist das Kind mit Recht entzerrt — es können dafür mehrere gesetzliche Gründe in Frage —, so hat es auch kein Anrecht auf den Pflückteil. II. Ein Testament braucht nicht gerichtlich festgelegt zu werden; es ist gültig, wenn es verfaßt ist, wie das Gesetz es erfordert.

M. D. Wenn Sie deutsche und speziell preussische Geschichte sowie die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie lesen wollen, so empfehlen wir Ihnen vor allem die Werke Mehrings, die Vossnagel, Geschichte der Sozialdemokratie, Rena und Tiffert, Von List bis Tauraggen, von Karlshaus bis Ralisch, Osthaus Wolff, Deutsche Geschichte I und II. Ferner bringen wir Sobels Erinnerungen aus meinem Leben, Kautskys Vorläufer des Sozialismus, Engels' Bauernkrieg, Einers Ende des Reichs und Wolffs Schriften, wie die Schließliche Milliarde in Vorführung.

Magdeburg, S. S. 24. Dringen Sie auf erneute ärztliche Untersuchung, und hilft das nicht, so treten Sie den vorerwähnten Bescheidern an. Auch Ihre Frau kann eine Eingabe an den Zerrmentell richten.

# 172. Sächsische Landeslotterie.

(Dritt. Gewinns.)

(Nachdruck verboten.)

Ziehung vom 30. April.

15 000 auf Nr. 00803 bei Herren May Kasse in Dresden und Ditto Schlewien Nachf. in Deuben bei Dresden

## Gewinne zu 5000 Mark.

55856 61270 79578

## Gewinne zu 3000 Mark.

1913 5549 7808 8852 10948 24832 26001 81058 85819 41066 48708 48267 57695 10551 61446 63916 77158 78757 80984 85145 85540 86885 86547 97311 97973 109281

## Gewinne zu 2000 Mark.

6065 20090 20887 30813 31521 45502 57705 59017 66905 67582 71970 72761 91223 89824 94555 100950 107180 108653 108501

## Gewinne zu 1000 Mark.

5 221 2870 3847 4605 6576 7626 8780 18702 14717 14884 16051 21288 22468 24908 25102 25988 25989 26400 26904 27297 32407 38831 38479 40808 42809 45210 46200 46034 50034 53815 56481 57805 58288 60975 64227 67115 67780 69470 70528 70797 70876 74888 78188 80258 80817 88960 88983 80205 89887 91909 95058 96582 97386 96598 99705 99891 101023 106298

Im Glücksrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 Prämie zu 800 000, Gewinne: 1 zu 150 000, 1 zu 20 000, 3 zu 10 000, 5 zu 5000, 88 zu 3000, 51 zu 2000, 108 zu 1000.

Beerdigungsanst. Sargm. Math. 29. Moh. Hellmann Telefon 4411 „Pietät“ Matthalikirchhof 28. Tel. 532 und 14915. L. L. Zschewitz 8tr. Gebr. Reiche, L. L. 61. Kitz. 81. 26. Bildereinrammung Oswald Kreppler, Torngasse 14a. Erketta, Kohlen Ferd. Grabau, N., Tauchaer Str. 49 W. Staudt, Vo., Bildg. 21, Kirecht. 54 Herrn. Vogler, Sophienstr. 46. Klein v. Stahlwaren Heunstein v. Kirchhof, Brühl 21. Kleinig & Blasberg, Zeitzer. Alwin Richter, Dresden Str. 36. Elgie Gauda, Wilsberg, Str. 9. A. Wlke, M., Hallesche Str. 128. Haus- und Küchengeräte Anna Baum, Zschewitz 14.

Bezugsquellen-Verzeichnis Erscheint wöchentlich dreimal. Bei Einkäufen bestens empfohlen. Kaffee, Leinwandwaren K. Blach, Wilmshofstr. 21, Tel. 81. 16. Mohlmanns, L. L. 61. 26. C. W. Möbels, N. 10. C. F. Gabriel, E. Reichstr. u. Goldgr. Schuhw., Schuhh. Gohlis, Lindenstr. 16. Rosenberger, P., thaler Str. 18. Ulron, Goldwaren gr. B. 10. M. Kewski Nachf., gr. B. 10. Raunus Fugonlose Trauringe Zur Trauring-Ecke. Reichestr., Ecke Schumannstr. 24. Schirme, Stöcke M. Müller, N. 10. Eisenbahnstr. 18.

Drogen, Farben Richard Heineold, Dufourstr. 21. M. Springer Nachf., L. L. 61. 26. 27. Molkereien Jos. Frisch, Kitz., Wilsbergstr. 22. W. H. Herber, E., Deltischerstr. 118. M. Schubert, Senef. Str. 4. Tel. 1924. Photograph., Artikel Gebr. Grundmann, Burgstraße 16. Großschlocher Karl Böhm, Kol., Drogen, Farb. J. F. Siebert, Kolonialwaren. Schkauitz W. Zouner, Huie, Mitz., Markt 3. Schönefeld Krankenbedienst. Drog., Farb., Lpa. 64. W. H. 1924. W. H. 1924.

Fernsprech-Nummern der Leipziger Buchdruckerei A.-G. Verlag der Leipziger Volkszeitung 4596 Geschäftsleitung, Hauptkontor, Kasse und Segerei. 2721 Inseratenannahme und Buchhandlung. 13693 Redaktion der Leipziger Volkszeitung (nur bis 1 Uhr mittags).

Friedlose Zeit.

Roman aus den letzten Jahren Karls XII. Von Fredrik Persson.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Schwedischen.

18) Nachdruck verboten.

Göran Brander sah mit gefalteten Händen zusammengesunken vor dem Feuer. Seine Gedanken waren weit weg, viele Meilen jenseits der Reichsgrenze, in Resmar, wo ein Weib sich seinetwegen härmte. Für sie mußte er leben.

Da Mon ist stumm da und laut an seiner Wotrinde, und ringend um sich die andern abgerissenen, armen Grotalsleute, Bauern, die jetzt ohne Haus und Heim waren und den Andern nicht helfen konnten.

„Wie lange das Elend wohl noch dauern wird?“ sagt Ola langsam zu Brander.

„Das weiß Gott allein — vielleicht nicht einmal König Karl.“ „König Karl.“ unterbricht Ola und stopft den Strohkess wieder in den Beutel. „König Karl kämpft, solange er lebt, er ergibt sich niemals. Immer wird er einen Feldzug führen, ihm ist die Hauptsache, daß er Krieg hat. Er sucht den Kampf um des Kampfes willen, der Spannung halber, er ist der Spieler, der nicht an den Einfluß denkt, auch nicht an einen möglichen Verlust — die Spannung des Spiels ist die einzige Lust und der einzige Inhalt seines Lebens. Wenn König Karl fällt, von einer Kugel getroffen wird oder an einer Krankheit stirbt, dann ist der Krieg zu Ende, das Elend vorbei — dann dürfen wir armen Bauern, wenn wir noch am Leben sind, heim kehren, unsre Häuser wieder aufbauen, pflügen und säen — dann wird der Segen des Himmels auf uns ruhen, dann, dann — früher nicht.“

Ola hatte leise geflüstert, trotzdem er sich unter lauter Freuden befand, Männern, die seine Ansichten teilten. Aber niemand konnte wissen, die Steine konnten Ohren haben, der Wind konnte weiter tragen und verraten, was ein verzweifelter Mensch in dieser Nacht gedankelt hatte wie alle andern, wenn die Herbststürme über ein verheeretes, ausgelegenes Land brausen. Die Kameraden aber nickten stumm und zustimmend: ja, so war es, wie gab es Frieden in Schwedischen Landen, solange König Karl lebte und atmete. Und große Hände hielten sich, dumpfe Drohungen verdrängten zwischen zusammengespreizten Lippen.

Die Mähigkeit ist beendet, und man stopft gerade den selbstgebackenen Tabak in die Pfeifen, als ein Fremder ans Feuer tritt. Niemand hat ihn kommen hören; denn der Sturm heult mit unwiderstehlicher Kraft um Wälle und Blockhäuser, und klatschend fällt der Regen weiter vom schwarzen Himmel herab.

Er ist wie ein einfacher Soldat gekleidet, dieser fremde Mann, und er grüßt freundlich. „Grüß Gott,“ sagt er und nickt.

Die Männer am Feuer erwidern den Gruß. „Grüß Gott“ sagten sie und betrachteten den Fremden neugierig.

Ein königlicher Reiter, denken sie, der heute Nacht gekommen ist, vielleicht eben jetzt, vermutlich ein Kurier, der zum Kommandanten will.

Der Mann tritt näher ans Feuer heran, zieht die schmutzigen Handschuhe aus und streckt die Hände vor, um sich zu wärmen. Die Männer betrachten ihn schweigend, während sie umständlich und sorgsam die Pfeifen klopfen. Ein länger, klotzlicher Soldat, dieser Reiter, denken sie. Er wird weit geritten sein in diesem Wetter — der Mantel ist von ihm bis unten beschmutzt, ebenso die hohen Stiefel.

Der und jener von den Grotalsbauern hat schon mit Hilfe der Blut seine Pfeife angezündet, als der fremde Mann den Hut abnimmt und am Schenkel das Wasser abklopft. Nun erst ist sein Gesicht zu erkennen, ein lächelndes Gesicht, das die vorpringende Nase beherrscht; scharfe, geläutete Zähne, der Schädel fahl. Im nächsten Augenblick hebt der Reiter den Hut wieder auf.

Der Fremde hat schweigend am Feuer gestanden und in die flackernden Flammen gestarrt. Sein Gesicht ist so schwermütig und ernst gewesen. Plötzlich blickt er auf und fragt, woher die Leute seien.

Aus dem Grotal, wird geantwortet, einem Sprengel ein paar Meilen von hier.

Der Fremde nickt, sein Gesicht hellt sich auf, belebt sich. „Aus dem Grotal — aus dem Grotal also!“ Er nickt mehrere Male.

Ein leutseliger, schlächter Mann, denken die Bauern und auch Herr Brander. Zeiten gab sich ein königlicher Offizier so einfach. Vielleicht einer, der aus der Gefangenenschaft gekommen, der aus Russland entflohen ist und viel durchgemacht und gelitten hat. Solche Offiziere waren so ganz anders als alle andern, so leutselig und kameradschaftlich. Während er sich am Feuer wärmt, beginnt der Fremde sich nach der Arbeit zu erkundigen und was damit zusammenhängt, wie viele Bauern an der Schanze arbeiten, wie oft sie abwechseln und bergelassen. Göran Brander gibt Bescheid. So und so sei es; alle arbeitsfähigen Männer aus den Grenzbezirken seien aufgeboten, und so geht es schon ein paar Monate.

Plötzlich wendet sich der Offizier direkt an Brander und fragt, ob er der Gruppenführer sei.

Ja, nicht Brander, der sei er.

Ihr seid kein Bauer oder Knecht, wie ich sehe — wie heißt ihr?

Brander, Göran Brander ist mein Name.

Der fremde Offizier frucht. „Doch nicht etwa der Besitzer von Grothammer?“ fragt er nach einer Weile, und seine scharfen Augen blitzen.

So sei es, antwortet Brander, aber das Hammerwerk sei nun niedergebrannt.

Der Fremde wußte Bescheid; das Grotal hatte keine Hilfe erhalten, man hatte es ihm erzählt. „Ihr seid also der Sohn von Erik Brander, dem Freund und Vertrauensmann des jetzigen Königs, der dem Lande und dem Könige in den Zeiten der Not so viele wertvolle Dienste geleistet hat,“ sagte der Offizier hinzu, und seine Stimme klang voll und warm. Und er drückte Göran Brander die Hand.

Ein Bauer mochte zu fragen, wie lange der Krieg wohl noch dauern werde. Die Bauern schauten sich so nach Frieden, meinte der Bauer, als er den staubblanken Blicken des fremden Offiziers begegnete.

„Wie lange — wie lange?“ Die Stimme klingt dumpf grölend. „Natürlich bis der Sieg errungen ist! Bis König Karl alle seine Feinde zerstückelt hat.“

Die Worte des fremden Mannes schweiften träumerisch in die Ferne. „König Karl gibt nicht nach, gute Freunde,“ fuhr er nach einer Weile fort. „Als Kind wurde er von einer Koppel bissiger Hunde überfallen, und Friede wird erst, wenn diese Hunde gelähmt sind. Er vergißt nicht und denkt nicht daran, Pardon zu geben.“

Den Grotalsleuten fiel auf, daß der Sprecher so erregt und zornig wurde, als er an das Unrecht dachte, das dem König widerfahren war: seine Hände trampfsten sich zusammen, und die Augen sprühten Feuer.

Eine rätselhafte dumpfe Unruhe ergriff alle, die am Feuer saßen. So sprach ein Offizier des Königs, der wohl seinen Willen und seine Absichten kannte. Dann genade Gott! Dann gab es also keinen Frieden im Lande, solange König Karl am Ruder war. Denn

niemand glaubte, daß er siegen und durch den Sieg dem Lande Ruhe bringen werde.

Der Regen fuhr fort zu strömen, aber vor dem Sturm war man hier unten geschützt, wenigstens teilweise. In Strömen floß das Wasser die Wallböschungen herab und fleg im Graben von Minute zu Minute höher. Die Männer klopften die Pfeifen aus und wollten aufstehen. Die Nachtruhe war vorüber, nun galt es wieder Hade und Schaufel zu ergreifen, zu arbeiten, wie Anechte zu schufteten bis zu Tagesanbruch.

Plötzlich aber beschließt der Fremde, sie sollten alle zur Ruhe gehn. Das sei kein Wetter diese Nacht, brauchen zu bleiben. „Reht euch auf eure Pritschen,“ sagt er bestimmt, „ich beschle es euch und übernehme die Verantwortung für die Folgen.“

Ein paar Minuten später war kein lobendes Wesen mehr im Wallgraben, und bald war das Feuer erloschen, das keine Nahrung mehr fand.

Im Morgengrauen, als die Reveille geblasen wurde und die Trommeln auf der Schanze dröhnten, begann ein seltsames Geräusch umzugehen. Und dieses Geräusch wurde bald zur Gewissheit.

König Karl war in der Nacht gekommen. In Sturm und strömendem Regen war er gekommen, allein, zu Pferde, und hatte erkannt die Schanze besichtigt und am Feuer der Bauern sich erwärmt.

Wie ein Vauferer ging diese Nachricht auf der Schanze von Mund zu Mund, von Baracke zu Baracke, in dem graulichen Morgen. Der König war da! Man konnte das kaum fassen, noch weniger aber das, was in der Nacht geschehen war. Ein Gericht kreuzte das andre, und das eine war seltsamer als das andre. Peise flüsterte man davon in den Wallgräben und auf den Mauern, bei der Arbeit und in den Ruhepausen. König Karl war unerkannt im Dunkel der Nacht gekommen und hatte den Major und seine Gäfte überbracht. Der Major! Es gab keinen Major Zeuffel mehr, wohl aber einen Arrestanten dieses Namens. Nun war die Nacht Carl Zeuffels zu Ende und wohl auch die des Kimmanns, wenn man auch darüber noch nichts Näheres wußte. Allmählich aber im Verlauf des Vormittags flüchtete die ganze Wahrheit durch von diesem schler Unbegreiflichen, das sich in der Nacht ereignet hatte, während der Sturm heulte und die arbeitsmüden Männer schliefen wie die Steine.

In der Kommandantur war es hoch hergegangen. Man hatte Bier getrunken und funkelnden Wein, den Herr Dollman mitgebracht hatte. Frauen hatten den Männern auf den Knien gesessen; ja, es waren unzüchtige Handlungen verübt worden. Geläch und Pöhen und liebliche Neben waren in die Nacht hinausgeschlungen. Plünder hatte es geheselt. Man hatte auf den Tisch geschauen, getrunken und getanzt. Ein unerhörtes Bacchanal war gefeiert worden. Der Major hatte eine Dirne auf dem Schloß geholt, so alt er war, und der Kimmann hatte sich mit einer andern auf dem Boden gewälzt. Und da war der gekommen, den man am wenigsten erwartet hatte — der König in eigener Person!

Die Tür war so heftig aufgerissen worden, daß die Gaspe, an der sie hing, klirrend zu Boden gefallen war. Der Sturm war ins Zimmer hereingebrochen, die Richter auf dem beubelerten Tische waren erloschen, und alle waren aufgesprungen, soweit sie dazu noch imstande waren, und bleiches Entsetzen hatte sich auf den Gesichtern gemalt.

Mitten im Zimmer aber hatte der König gestanden, hoch aufgerichtet, zornig, in beschmutztem Mantel, mit gestaktem Degen. Alle hatten augenblicklich den Anstandsmäßig erkannt. „Der König, der König,“ hatten ächzende Lippen geflüstert — „der König, Majestät.“ Und König Karl hatte einige Augenblicke starr und finster gestarrt, alle mit seinem scharfen Blick gemustert, den Major fixiert und den Kimmann und die übrigen, und an seinen Schläfen waren die Adern geschwollen vor Zorn und Wut.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Knut Hamsund gesammelte Werke beginnen jetzt im Verlag von Albert Fungen in München zu erscheinen. Zehn Bände sollen es werden (Preis je 5 M.). 7 Bände Romane, 2 Bände Dramen, 1 Band Novellen, und dabei ist noch nicht einmal der letzte große Roman mitgerechnet, der noch nicht übersezt ist. Der jetzt erschienene erste Band, der die Romane Hunger und Mysterien enthält, erinnert lebhaft an die verblühende Wirkung von Hamsunds Erstlingswerk, d. h. seinem ersten durchschlagenden Roman — ein vorausgegangener allererster ist ebenso verflochten wie seine jede Schrift über das Geistesleben des modernen Norwega. Es war im Jahre 1890. Der sogenannte deterministische Naturalismus hatte sich in Norwegen wie anderwärts durchgesetzt. Die Dichter haben die Menschen ihrer Romane und Dramen unter dem Gesichtswinkel, wie sie sich mit der Gesellschaft abfanden und von ihr unterdrückt oder gefördert wurden. Und nun kam in Kristiania einer, der ein vielbeachtetes Thema aufnahm und bezwang, ohne nach der Schulmeinung zu fragen. Er schrieb einen ganzen Band über den Hunger, den Hunger eines Journalisten und Dichters, der Hunger in den fürchterlichsten Formen, der dem Menschen das Denken und Fühlen verwirrt und ihn sich wie ein Tier auf einen Knochen stürzen läßt. Aber er schrieb ohne jeden Anstoß zu gesellschaftlicher Kritik. Der hungernde Journalist haberte wohl mit dem Herrgott, rebellierte aber nicht gegen die Verhältnisse, die ihn niederdrückten, und ihre Ursachen. Nein, der Autor dachte an nichts weiter als an die Hungererscheinungen. Sie waren da, das genügte, und nun galt es sie von der Seele des Hungernden aus zu schildern. Eine wahre Hungerphonie war dieses Buch; genau so kraft und rücksichtslos wie die Naturalistenliteratur und doch grundverschieden in der ganzen Haltung. Erklärte und verstand der Naturalist den Menschen aus dem Gefüge der Gesellschaft heraus, so sprach hier wieder der leidende, geistig wie gemein körperlich leidende Mensch schlechthin, die menschliche Kreatur, auf die das Schicksal losschlägt. Eine ungeheuer sensible Dichternatur meldete sich an, deren sprachliche Ausdruckskraft erstaunlich war; würde sie sich behaupten können, würde sie nicht vom Leben aufgerieben werden, da sie seinen Eindrücken fast hilflos gegenüber zu stehen schien, wie man wohl nach diesem Erstlingswerk urteilen konnte, das in der Hauptrolle für autobiographisch gehalten werde? Nur die nächsten Werke stehen bald erkennen, daß diesem sensiblen Herrn eine unruhige Phantasie mit auf den Lebensweg gegeben war, die ihm die Möglichkeit gab, sich zu behaupten, die ihn nicht nur den Eindrücken auslieferte, sondern ihn auch damit spielen ließ; der Hungerdichter entwickelte sich zu dem Träumer, Spötter, Phantasten, dem alles Romandichten zum Schwärmen, gefühlvollen, heißhrenden und mutwilligen Märchenbüchsen wurde. Mit dem Roman Mysterien (1902) setzte diese Entwicklung ein, die heute noch nicht abgeschlossen ist. gm.

Der Kimmelberg, den die deutschen Truppen gestürmt haben, ist zwar nur 136 Meter hoch; doch in dem tellerförmigen flandrischen Gelände bildet er bereits eine bedeutende Erhebung. In einer gebirgigen Gegend würde man von einer solchen Höhe gewiß kein Aufsehen machen; hier, inmitten eines ausgeprägten Flachlands, wird man auch schon einen Berg, selbst wenn er nur bis zur Höhe der Türme des Kölner Doms emporragt, neben dem Kimmel

verschwindet beinahe der flache Höhenzug, dem er angehört, der im Westen bei dem französischen Städtchen Cassel beginnt und sich über Bailleul und Witschoete bis hinaus über Poelkapelle hinzieht. Dieser Höhenzug, in großem Maßstabe dargestellt, ähnelt auffällig dem topographischen Bilde der Karte von Rumänien. Von seinem westlichen Abhang bis über den Kimmelberg verfolgt der Zug die westliche Richtung, um dann nach Nordosten umzubiegen und etwa zwischen Dellebelle und Ghelwast die direkte Nordrichtung einzuschlagen. Wie ein Schutzwall umschließt der Höhenzug die unmittelbar seinem Nordflügel vorgelagerte Stadt Ypern; weiter westlich liegt, ebenfalls inmitten der flandrischen Ebene, die Stadt Yper in ghe. Inmitten dieses flachen Landes gibt es nur noch eine einzige, neben dem Kimmelberg in Betracht kommende Erhebung, den Mont Sautkurt, der 148 Meter hoch ist und nicht weit von Journal liegt.

Dereinst ragten diese beiden Berge gleich verzackten Inseln aus weitem Meere heraus; denn die Zeit, da der größte Teil Flanderns, ja Belgiens überhaupt, vom Meere überflutet war, liegt noch keineswegs weit hinter uns. Sind doch erst 8000 Jahre verfloßen, seit die britischen Inseln vom westeuropäischen Festlande losgerissen sind. Erst damals, etwa um das Jahr 6000 v. Chr., entstand der Kimmelkanal; bis dahin erstreckte sich auch östlich vom heutigen England das Festland noch weit hinaus in die Nordsee, und der Rhein mündete damals in der Gegend der heutigen Doggerbank. Nach jenem furchtbaren Meeresbruch kam das übriggebliebene Land auf etwa 6 Jahraufende zur Ruhe. Die Ränder des übriggebliebenen, versumpften Gebiets vertorfte; darüber bildete sich ein Dünengebiet aus dem vom Meere heranzuschwemmten Sande. Aber eine neue, gewaltige geologische Katastrophe brach, nun bereits in historischer Zeit, über das Land herein; zwischen 300 und 350 v. Chr. überfluteten mehrere furchtbare Sturmfluten das heutige Belgien, und bis dahin, wo heute Brüssel steht, ergossen sich die Fluten des Meeres. Drei bis vier Jahrhunderte später waren die Wasser so weit zurückgetreten, daß sich wieder Menschen auf dem Vollerlande ansiedeln begannen; unter dem Schutze von den Ansehlern angelegte Deiche nahen der Verlandungsprozesse einen größeren Umfang an, doch neue Katastrophen kamen über das junge Gebiet, und das Meer vernichtete wiederum alles, was in mehr als einem halben Jahrtausend entstanden war. Es waren die beiden Jahrhunderte von 1000 bis 1200, in denen die wütende Nordsee zum letztenmal ihren Tribut an Land und Menschen forderte. Mehr als 700 Jahre sind seither wieder verfloßen, und wenn das Meer in der Zwischenzeit auch unablässig das belgisch-niederländische Küstenland benagt hat, so sind doch seit dem Mittelalter ganz große Katastrophen nicht mehr hereingebrochen.

Kors. Es ist eine geweihte Stätte des Islam, die die Türken jetzt von den Russen, in deren Besitz sie seit 1877 gewesen ist, wieder zurückgenommen haben. In der alten, schon im 9. Jahrhundert erwähnten Feste, befinden sich mehrere Moscheen und Heiligengräber, zu denen früher, vor der Russenzeit, zahlreiche Muselmanen wallfahrten, obwohl die Wandernng mühselig und ermüdend war. Denn Kors liegt in einer Höhe von nahezu 1850 Metern auf der baumlosen Hochebene Schiragh, an der Ostseite des Soghanski Doah, einer vereinzelt aufragenden Berg- und Hügelgruppe, durch deren enges, tiefes Tal sich der Wasserlauf des Karakchal oder Akbaroon sein Bett gewöhnt hat. Die im Laufe der Zeiten mehrmals zerstörte und wieder aufgebaute, zuletzt von den Russen stark ausgebaut Feste selbst ist in unregelmäßigen Formen errichtet und durch doppelte Mauern mit vier Bastionen geschützt; nur das Nord-Kranich, das vollkommen sturmfrei, als bastioniertes Hügelchen den steilen Abhang des Akbaroon krönt, und die beiden Batterien Anlad-Tabia und Madshar-Tabia auf den benachbarten Hügelkuppen außerhalb der Mauern. Infolge dieser schwer zugänglichen Lage ist die Stadt Kors, trotzdem sie die Hauptstadt des gleichnamigen Gouvernements ist und in einer wasserreichen und fruchtbaren Gegend liegt, nur verhältnismäßig schwach bevölkert. Sie hat 22 000 Einwohner und spielt auch wirtschaftlich keine nennenswerte Rolle. Ein ziemlich flauer Durchgangshandel, Teppichhandlung und Filzherstellung sind alles, was in dieser Beziehung von ihr zu erwähnen ist. Ihre Hauptbedeutung liegt eben auf strategischem Gebiet als Sperrpunkt der Straße, die von Alexandropol nach Erzerum führt, und als Endpunkt der Bahnlinie Tiflis-Karakalis-Kors.

Die gefährdeten Kunstschätze. In der Ersten Kammer betonte der Kultminister bei Beratung des Berichtes über Sammlungen für Kunst und Wissenschaft, daß das Ausschussverbot für Kunstgegenstände aus Teufelsand im Mittelpunkt des Interesses aller Kunstkreise stehe. So wie es jetzt bei den Kunstanktionen zugehe, dürfe es auf keinen Fall bleiben. Bei der Auktion Kaufmann in Berlin seien 2. A. Bilder im Werte von 8 Millionen Mark für 12 Millionen versteigert worden. Diese Preisüberbieten rührten von Einkäufern aus Holland, Dänemark und Schweden her, also aus Ländern, wo riesige Kriegsgewinne erzielt worden seien. Der Reichsregierung sei von ihrem Plane, ein Kunstverbot für Kunstgegenstände zu erlassen, abgesehen, da sie einen andern Weg einschlagen werde, über den er aber noch nichts verlauten lassen dürfe. Er bat, der Regierung Vertrauen zu schenken, daß sie das Rechte treffen werde. Die Regierung wolle die in ihrem Besitze befindlichen Kunstschätze zunächst für Deutschland sichern, ferner die Schädigung der Kunst in Deutschland dadurch, daß der ausländische Markt gesperrt werden könnte, vermeiden und auf den Zusammenhang der in Deutschland befindlichen Kunstgegenstände Rücksicht nehmen.

Neues Theater. Mittwoch, 7 Uhr: Johannisfeuer. Donnerstag, 7 Uhr: Hauto solo; Höllich Gold. Freitag, 7 Uhr: Der Troubadour. Sonnabend, 7 Uhr: Mignon. Sonntag, 7 Uhr: Kessels (romantische Oper in 3 Akten, Musik von J. G. Wratzel. Erstaufführung). Montag, 7 Uhr: Der Kaufmann von Venedig. — Neues Theater. Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Gelpenster. Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Jugendfreunde. Freitag, 7 1/2 Uhr: Im weißen Röhl (volkstümliche Vorstellung). Sonnabend, 7 1/2 Uhr: Der Brief des Uria (Trauerspiel in 5 Akten von Emil Bernhardt. Erstaufführung). Sonntag, 7 1/2 Uhr: Veranstaltung des Kriegsgerichts (Was ihr wollt). 7 Uhr: Jugendfreunde. Montag, 7 1/2 Uhr: Veranstaltung zum Besten der Kriegswitwen. — Neues Operetten-Theater. Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Das Fürstentum. Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Polenblut. Freitag, 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul. Sonnabend, 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel. Sonntag, 7 1/2 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Der liebe Augustin), 7 Uhr: Das Fürstentum. Montag, Vereinsvorstellung.

Rudolf Haas, den Jahren nach das älteste Mitglied der städtischen Theater, tritt mit Ablauf der diesjährigen Operettenspielzeit in den Ruhestand. Zu seinen Ehren veranstalten am Sonnabend, 11. Mai, 8 Uhr, die Solomitsglieder der städtischen Theater in großer Festhalle des Zentraltheaters einen intimen Abschiedsabend mit Konzert und Vorträgen, an dem auch Ida Busse mitwirken wird. Von einem öffentlichen Kartenverkauf ist Abstand genommen worden, nur geladene Gäste haben Zutritt. Mit der Leitung des Festes sind beauftragt Ludwig Häbit und August Böhm, die die nötigen Anstöße erteilen.

**Neues Theater.**  
Kugelpfad, (Fernspr. 1418)  
Dienstag, den 30. April 1918  
100. Straßens-Bühnenbau (H. Bolge, grün)  
**Schumanns Erzählungen.**  
Phantastische Oper in einem Akt, 3 Bildern und einem Prolog mit Benutzung von G. F. Schumanns Romanen von Jules Barbier, Musik von Jacques Offenbach.  
Bühnenleitung: Albert Conrad. Bühnenfassung: Georg Marton.  
Personen: Der Richter Schumann (Rudolf Käfer); Viktoria, f. Freundin (E. Stadler); Stabsrat Krieger (Ernst Schönb); Erika, eine Sängerin (Karin Engert); Andrea, Dienerin des Stabs (Eugen Albert); Nathanael, Herrmann, Stabscapitän (Hilfred Böhm, Emil Verbeling); Goppe, Papertulle, Doktor Wratzel (E. Pollock); Spalanzani, Professor der Physik (H. Künze); Olympia (E. Danten-Schultheis); Gustav (Hilme Eichen); Max Stoppel (Hans Müller); Antonia, seine Tochter (E. Wobes-Wolf); Geronimo, Putschführer, Franz (Eugen Albert); Schlemihl (Emil Scherwin); Die Stimme von Antonias Mutter (Lorella Schönb).  
Saufe nach dem 1. und 2. Akt.  
Premiere, Einlass 7 Uhr, Anfang 7 Uhr. Ende ungefähr 10 1/2 Uhr.  
Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

**Alles Theater.**  
Richard-Wagner-Platz, (Fernspr. 1418)  
Dienstag, den 30. April 1918  
**Die verlorene Tochter.**  
Lustspiel in 3 Akten von Ludwig Anshelm.  
Bühnenleitung: Hermann Anshelm.  
Personen: Max Hornemann, Landtagsabgeordneter (Willy Schönb); Emma, dessen Frau (Marie Taitz); Helmi, ihre Tochter (Lorella Schönb); Dr. Harald Wip, Militärarzt (H. Künze); Kurt Weitzel, Rechtsanwalt (E. Schönb); Frau von Weitzel, Margot Strand, Alice Weider, Helmi's Freundinnen (Hilme Eichen, Olympia, Erika, Marie von Schönb); Marie Schönb; Anselm, (Hans Wobes-Wolf); Frau Anselm (Martha Linden); Willich (E. Künze); Frau, Hausmädchen bei Hornemann (Lilke Schönb); Ein Hotelbesitzer (Hans Berger); Ein Zimmerkellner (Hans Weiler); Ein anderer Kellner (Hilfred Engert); Ein Hotelportier (Hans Schönb).  
Saufe nach dem 1. und 2. Akt.  
Premiere, Einlass 7 Uhr, Anfang 7 Uhr. Ende ungefähr 10 1/2 Uhr.  
Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

**Krystall-Palast Theater.** Fernspr. 2071  
Nur noch heute!  
**Der vorzügliche April-Spielplan!**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Battenberg**  
Täglich abends 8 Uhr  
**Der erstklassige April-Spielplan**  
Tageskasse von 10-2 Uhr und Zigarren-Geschäft K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

**Gross-Stadt Leipzig** Nürnberg  
Fernspr. 1430. Bayersche Str. 8/10.  
**Letzter Tag**  
ringen:  
**Emonds** Meisterr. v. Rheinland gegen **Gehrmann** Meisterr. v. Magdeburg  
**Luppa** Meisterr. v. Deutschl. gegen **Gerigkoff** Europa-Meister  
Vorankündigung! Ab 1. Mai abends 8 Uhr täglich  
**Wenn die Friedensglocken läuten.**  
Schauspiel in 3 Akten.

**Nur noch 3 Tage!**

**Kasino-Lichtspiele** Neumarkt. **Welt-Theater** Barfußgasse - Am Markt.  
**Doppel-Programm!**

**Der Wüsten-diamant**  
Detektiv-Drama in 4 Akten.  
Hans Mierendorf  
Hauptrolle als **Harry Higgs:**

**Das Spitzentuch der Fürstin Wolkonska.**  
Filmschauspiel in 4 Akten.  
Hauptrolle: **Maria Carmi.**  
Anfang täglich 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

**Astoria**  
Windmühlenstr. 31  
Fernruf 20792/93. LEIPZIG 1800 Sitzplätze.

**Henny Porten**  
in dem vieraktigen Drama  
**„Das Geschlecht derer Ringwall“**  
von Ringwall.  
**Bitte des Feldheeres an die Heimat**  
Militäramtlicher Film mit Gesangsbeilage.  
Dasselbe Programm: **Wintergarten** Eisenbahnstrasse 56

**Colosseum**  
Roßplatz 12/13

**Stuart Webbs**  
21. Abenteuer  
**„Die Geisterjagd“**  
Drama in 4 Akten.  
**Der karierte Regenmantel**  
Lustspiel in 3 Akten.  
Dasselbe Programm: **Schloß Lindenfels** Karl-Heine-Strasse 50.  
**Jugendvorstellung.**

**Felsenkeller-Lichtspiele**  
**Ab Dienstag**

<b>Die Verworfenen.</b> Liebesroman in 4 Akten mit Hedda Vernon.	<b>Der Theaterprinz.</b> Lustspiel in 3 Akten von Franz Hofer.	<b>Im letzten Augenblick gerettet!!</b> Detektiv-Drama in 3 Akten.
---	---	---

**Plagwitz-Lindenau**

**Vaterland-Lichtspiele** Im Kaffeehaus Bauer  
**Königs-Pavillon-Lichtspiele** Promenadenstrasse

**Es werde Licht! III. Teil.**  
Kulturfilm in 5 Akten etwa 2000 Meter  
Mit Unterstützung der Aerztlichen Gesellschaft für Sexualwissenschaft, Berlin, unter Mithilfe von **Dr. J. Bloch**  
**und ein Lustspiel**  
Anfang 4 Uhr

Da der Andrang in den Vaterland-Lichtspielen zu gross, ist der **Königs-Pavillon** bis **Donnerstag** mit der Aufführung von „Es werde Licht“, III. Teil, vorgesehen.

**Lichtspiele Zschocher** Schatten der Vergangenheit Drama in 4 Akten. Hauptrolle: **Hugo Flink**  
**Palast-Theater, Gohlis** Hinter verschlossenen Türen Drama in 4 Akten Hauptrolle: **Lotte Neumann**

**Neues Operetten-Theater.**  
Kugelpfad, (Fernspr. 1418)  
Dienstag, den 30. April 1918  
**Die Hofe von Istanbul.**  
Operette in 3 Akten von Julius Weismann und Alfred Grünwald.  
Musik von Carl Zeller.  
Bühnenleitung: Hans Engel.  
Personen: Sultan Murad, Kaiser (August Wilm); Sultana Gul, seine Tochter (Margarete Köhler); Ahmed Bey (Walter Grabe); Mustafa Bey, aus Hamburg (Joseph Trautmann); Ibrahim, sein Sohn (Karl Weiser); Wally Hanum (Therese Wille); Zeynep, europäische Gesellschafts-Konjunkt (Lilke Schönb).  
Saufe nach dem 1. und 2. Akt.  
Premiere, Einlass 7 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.  
Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

**Leipziger Schauspielhaus.**  
Gopplensstr. 17/19. Direction: Felix Blüthgen. Fernspr. 1000  
Dienstag, den 30. April 1918  
**Die deutschen Kleinstädter.**  
Lustspiel in 4 Akten von August v. Roßbach.  
In der Bearbeitung von Max Reinhardt.  
In Szene gesetzt von Reinhard Wittmann.  
Personen: Nicolaus Stanz, Bürgermeister (Hilf Braunstein); Frau Untereimermeisterin Stanz, seine Witwe (Gertrude Langschel); Sabine, seine Tochter (Alice Schönb); Bürgermeister Stanz, sein Bruder (Rudolf Wilm); Frau Oberhof und Bürgermeisterin Stanz, Frau Stadtschultheissin (Lorella Schönb); Herr Stanz, sein Sohn (Hilme Eichen); Frau Stanz, seine Tochter (Marie von Schönb); Herr Stanz, sein Sohn (Hilme Eichen); Frau Stanz, seine Tochter (Marie von Schönb); Herr Stanz, sein Sohn (Hilme Eichen); Frau Stanz, seine Tochter (Marie von Schönb).  
Saufe nach dem 1. und 2. Akt.  
Premiere, Einlass 7 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.  
Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

**Battenberg-Theater**  
Dienstag, den 30. April 1918, abends 8 Uhr:  
**„Für Dein Glück.“**  
Schauspiel in 5 Aufzügen nach dem gleichnamigen Roman von Lola Stein, bearbeitet von Thilo Schmidt u. Heinz Hillmar.  
Morgen, abends 8 Uhr: „Für Dein Glück.“

**LUNA-PARK**  
am Auensee  
Morgen Mittwoch  
**I. grosses Kinderfest**  
Ab 1/4 Uhr: **Gemeinsame Spiele** auf dem Kinderspielplatz. Ausgabe der Festzugsausrüstungen gegen Rückgabe der Kindereintrittskarten.  
**Konzert der Kapelle Günther Coblenz.**  
1/6 Uhr: **Grosser Mai-Festzug**  
Daran anschliessend:  
**Kunstervorstellung im Festsaal.**  
Eintritt morgen: Erwachsene 10 Pfg., Kinder 20 Pfg., einschliesslich Festzugsausrüstung.

**Licht-U.T. Spiele**  
Nur noch 3 Tage  
**Doppel-Programm für Erwachsene.**  
**Edith Meller**  
in dem 5aktigen Roman von J. Richards  
**„Aus Angst“**  
... auf dass ihr nicht gerichtet werdet!  
Edith Meller  
Telef. 3187. **Der Geler von Sankt Veit** Telef. 3187.  
Gebirgsdrama aus dem bayrischen Hochlande in 4 Akten. Durchgang!  
Hainstr. 19. Anfang 4 Uhr. Riebeckbräu.  
Im Herzen der Stadt.

**Kaufgejuche**  
Unterh. Nähmasch. u. Fahrz. u. kauf. gel. Bekleid. Str. 68, p. r. Fahräder, auch defekte, kauft Schöffler, Leusch. Hauptstr. 71.  
Guterhaltener zweirädriger **Handwagen** mit großer Tragfähigkeit zu kaufen gel. Str. 114 an Rudolf Mosse, Leipzig.  
**Fell-Einkauf** Hasen-Schatz, Ziegen- sowie alle Art. Felle, zu bestmög. Preis. **Albin Wagner, Querstr. 27** Fernspr. 2955.  
**Makulatur-Einkauf** en gros! en detail für Zeit. zahlte ich 20-40 p. K. Akten, Skripturen, alle Pap. penabfälle, Rosapap., Lumpen, Stroh, alt. Eisen und Metalle kaufe ich jed. Posten, auch Ladungswerte, gegen soj. Kasse. Händler Extra-Preise. Komme auchwärts. Gole auch ab. Tel. 90878.  
**Pässler** Bogislavstr. 16, Deltzsch Str. 41 alle Dff. nach Bogislavstr. 16. Söke, Binaf., Strieko L. Frucht, Neud., Grenstr. 5, Tel. 8080.  
Sinterate sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition d. Leipz. Volkszeitg. zu richten.